Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion: Prag, Děln 18.

Telephon: Redaktion: 31469.
Nachtredaktion: 26797.

Postscheckamt: 37544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . Kč	16.—
vierteljährlich . . . „	48.—
halbjährig . . . . „	96.—
ganzjährig . . . . „	192.—

Rücksendung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

8. Jahrgang. Samstag, 1. Dezember 1928. Nr. 286.

Halt' Abrechnung mit deinen Feinden, Arbeitervolk!

Kommunistische Wahldemagogie.

In mehreren Artikeln und Notizen haben die kommunistischen Blätter, „Vorwärts“ und „Internationale“, den großen „Verrat“ der Sozialdemokraten „festgenagelt“, den sie begangen haben, daß sie an einer Tagung der religiösen Sozialisten in Wien als Gäste beigewohnt und dort auch gesprochen haben. Neuerdings schreit die „Internationale“ ihre wahrlich nicht beneidenswerten Leser an: „Proletarische Freidenker, diese Partei wollt ihr wählen?“ und dann im Untertitel: „Die völkerbefreiende römisch-katholische Sozialdemokratie“. Dann folgen aus dem Zusammenhange gerissene Zitate der „Arbeiter-Zeitung“ und zum Schluß natürlich die Aufforderung an die Freidenker, nur kommunistisch zu wählen.

Es ist immer mit einer nicht geringen Selbstüberwindung verbunden, wenn man auf eine der zahlreichen verlogenen und erfunkenen Gemeinheiten dieser, den Marxismus und den Klassenkampf schändenden sogenannten „Arbeiterpartei“ antworten soll. Manchmal muß man aber auch das tun.

Das Geblödel dieser Schreibstubenrevolutionäre zu widerlegen, verlohnt nicht der Mühe, aber zwei Tatsachen wollen wir festhalten, die die Demagogie der Kommunisten in ihrer ganzen erbärmlichen Skrupellosigkeit enthüllen.

Am Begrüßungsabend zum Kongreß der Freidenker in Aussig hielt namens der tschechischen Freidenker Dr. Bartosek aus Prag eine Begrüßungsansprache, in der er einen Vergleich zwischen der Tschechoslowakei und Sowjetrußland zog. Hiebei sagte er u. a. folgendes: „In Sowjetrußland ist die freireligiöse und antireligiöse Propaganda nach der Verfassung gewährleistet.“ Das heißt also, jeder Geistliche und Staatsbürger hat das gesetzlich gewährleistete Recht, für jede beliebige Religionsgemeinschaft zu werben. Wären die Kommunisten wirklich die Feinde der Kirche, als die sie sich immer aufspielen, dann müßten sie, die ja doch in Rußland die alleinigen Machthaber sind, die Religionsgemeinschaften einfach verbieten. Das tun sie aber nicht und sie dürften auch wissen warum.

Dieselben Kommunisten aber, die jeden Pfaffen in Rußland das Recht einräumen, Seelenfang zu treiben und dieses Recht gesetzlich festlegen, verbieten die Verbreitung sozialdemokratischer Ideen und Schriften und schickten Hunderte und Tausende Sozialdemokraten in die Verbannung und in die Kerker.

Die Kommunisten Rußlands gewähren den Pfaffen jene Rechte, die sie den Sozialdemokraten mit brutaler Gewalt verweigern!

Aber nicht nur in Rußland, auch anderwärts bringen die Kommunisten ihre Einstellung zu Religion und Kirche in recht eigenartigen Formen zum Ausdruck.

Es soll nicht davon gesprochen werden, daß in der Slowakei und in Karpathorußland kommunistische Versammlungen mit einem — Gebet eingeleitet werden. Aber an einen Artikel, der jüngst in der Berliner „Roten Fahne“ aus der Feder Leo Weiß erschienen ist, sei die kommunistische Demagogie nochmals aufgezeigt. Leo Weiß schreibt:

„In Mannheim hat vor kurzem eine Tagung religiöser Sozialisten stattgefunden. Dieser Tagung, Genossen, kommt historische Bedeutung zu. Dort in Mannheim haben sowohl evangelische als auch katholische Pfarrer den Mut gefunden, sich frei und offen zum Sozialismus zu bekennen. Sie haben klar und deutlich nachgewiesen, daß

der Sozialismus, ja sogar der Marxismus, einen wesentlichen Bestandteil der christlichen Weltanschauung bildet.

Daß Karl Marx zu seiner Zeit das nicht erkannt, daß er sogar — in jungen Jahren jedenfalls — der Auffassung gewesen ist: Religion ist das Opium des Volkes, hat nichts zu besagen. Wir sind eben Jahrzehnte weiter, und der Marxismus ist nicht stehen geblieben, sondern hat sich fortentwickelt.“

Was also unsere Weltrevolutzer in Reichenberg und Aussig bei den Wiener Genossen als bodenlosen Verrat „brandmarken“, lobpreist der Leo Weiß als die neueste revolutionäre Erkenntnis. Aber Berlin ist eben weit und was die „Rote Fahne“ schreibt, brauchen ja die Leser der „Internationale“ nicht zu wissen.

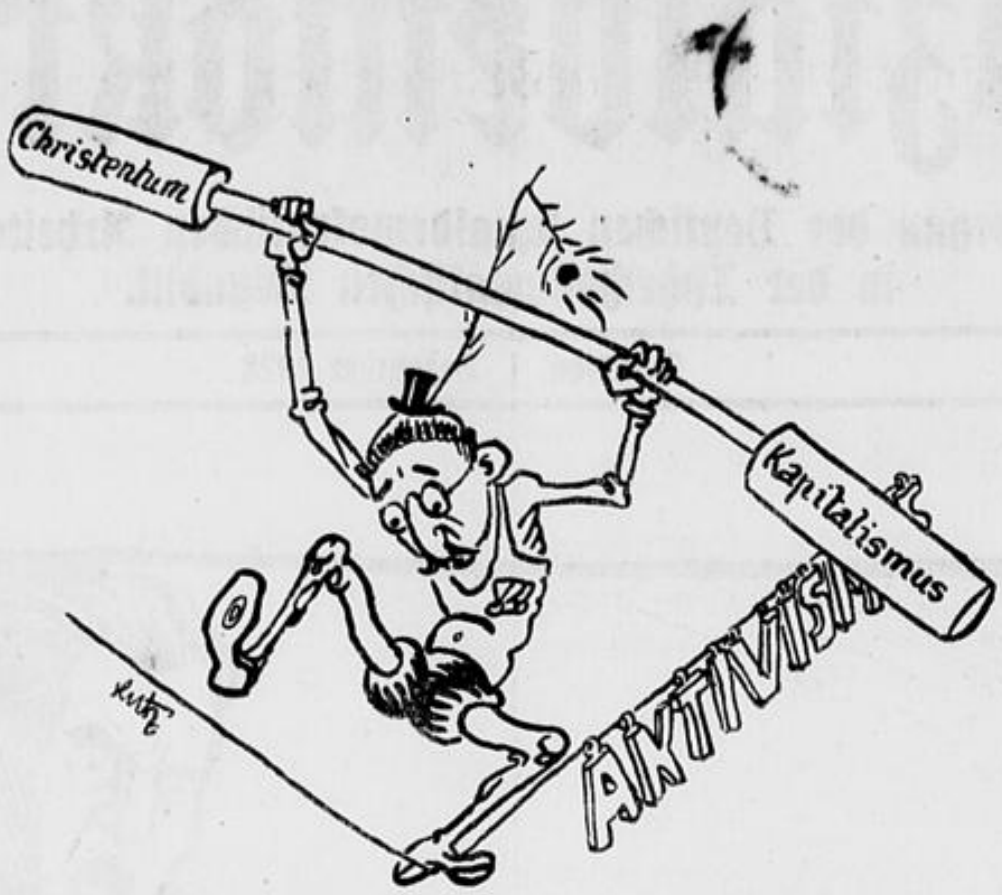
Aber der Leo Weiß kann es noch besser:

„Eroberung der Kirche muß unser Ziel sein. Halten wir dieses Ziel vor Augen, dann werden wir es schon in absehbarer Zeit dazu bringen können, daß sich auch in unseren Reihen Bischöfe und Erzbischöfe befinden werden.“

Bischöfe und Erzbischöfe, auch Prälaten und Dorfpfarrer in den Reihen der Kommunisten! Sind sie ja schon — im Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Freidenker, Arbeiter und Arbeiterinnen, erkennt die verlogene Demagogie der Kommunisten und gebt ihnen am 2. Dezember jene Antwort, wie sie Demagogen verdienen!

Der aktivistische Seiltänzer.



Es zieht ihn doch zu sehr nach der kapitalistischen Seite!

Frauen und Mütter urteilet!

Predigt nur immer brav Geduld, so ist die Sklaverei fertig! Denn von der Geduld zum Beweis, daß ihr alles dulden müßt, hat die Gannerei einen leichten Uebergang. (Seume.)

Die Mutterschaft ist die höchste Erfüllung der von der Natur gestellten Aufgabe der Frauen. Kann es ein größeres Glück für eine Frau geben, als Kinder, als gesunde Kinder zu haben? Ist nicht das Wort „Mutter“ das schönste Wort, birgt es nicht in sich alles Liebe und Gute? Welch' beglückendes Gefühl der Mutter, wenn ihr Kindchen sie anlacht, wie viel Kummer und Fürsorge, wenn es weint! Herz und Lippen sehnen sich nach dem Süßesten, nach dem Edelsten, nach dem Kinde. Doch auf dieses höchste Glück ihres Lebens müssen Frauen vielfach verzichten, weil Not, schlechte Wohnverhältnisse, Unterernährung, Krankheit, und das Fehlen aller Mittel zur Aufzucht ihrer Kinder die Motive zur Unterbrechung der Schwangerschaft sind, die arme Frauen zwingen, gegen ihren Willen, auf dieses Glück verzichten zu müssen. Die Klerikalen sind jedoch einer anderen Meinung. Am 8. November dieses Jahres sprach im Parlamente der tschechische klerikale „Volksvertreter“ Krejši und erklärte unter anderem wörtlich: „. . . . aber heute haben wir keine aufopfernden Mütter mehr, sondern nur Putzdoggen (fintilky) die sich nur putzen wollen und keinen Opfermut mehr aufbringen. Man weist auf die sozialen Verhältnisse hin. Die sozialen Verhältnisse sind nicht schuld daran, sondern der Mangel an Opferwilligkeit, Leichtsinn. Jeder ist nur auf sich bedacht, daß alles für ihn bleibe, jeder will alles allein genießen, in Unterhaltungen, Kino, Karten u. s. w. verbrauchen. (Lebhafte Zustimmung der Klerikalen.) Die Ursache, die zur Beschränkung der Geburten führt, ist nicht in schlechten finanziellen Verhältnissen zu suchen, es ist der Mangel an Opferwilligkeit der Väter und Mütter, es ist die Mode — die Erhaltung der schlanken Linie der Verheirateten — die sie zur Abtreibung zwingt. Ich denke da an unsere Mütter. Die sorgten sorgfältig um ihre Hauswirtschaft, um ihre Kinder, ihr Gesinde, damit das Essen gekocht, die Wäsche rechtzeitig gewaschen sei. Sie schliefen ganze Nächte nicht, sondern flickten und aßen erst dann, wenn die ganze Familie satt war. Ich kenne eine Frau, die hat zehn Kinder erzogen und die erzählte mir: „Ich habe sehr oft nicht gegessen und mußte warten, was auf mich übrig bleibt und es blieb oft nichts für mich übrig.“ Unter lebhafter Zustimmung der Klerikalen wetterte der „wahre“ Christ Abg. Krejši, besudelte, beschmutzte und verdächtigte alle Frauen, erwähnte aber mit keinem Worte die furchtbare Lebenslage der Arbeiterschaft, sagte nicht, daß nur die Frauen der Besitzenden ein Monopol auf eine kunstgerechte, medizinische Abtreibung besitzen, weil sie in der Lage sind, mit ihrem Geldsack alles zu korrumpieren. Abg. Krejši sprach kein Sterbenswörtchen von der Notwendigkeit der Festigung und des Ausbaues des Mieterschutzes, vom Abbau der Zölle, von Schaffung von Arbeitsplätzen, von höheren Löhnen, von Vorbedingungen, die den Frauen die Aufzucht ihrer Kinder ermöglichen würden. Was geht ihn und seine treuen Freunde der Notschrei hunderttausender Mütter an? Ist es nicht eine furchtbare Anklage gegen die jetzige Gesellschaftsordnung wenn uns eine Mutter schreibt: (Wörtliche Wiedergabe) „Ich befinde mich schon 4 Monate in Schwangerschaft, bin in keiner Krankenkasse. Da ich fortwährende Schwäche-Anfälle habe, bin erst gestern wieder ohnmächtig geworden, die Folgen jetzt schon sind und ich immer schwere Entbindungen hatte, so daß ich bei dem letzten Kind zu schwach bei der Entbindung war. Daß bei solchen notwendigen Fällen keine Abhilfe geschaffen werden kann, ist wirklich traurig, was tuts, wenn auch eine Mutter wegstirbt und so ein Würmchen bleibt hier. Besäße ich die Mittel dazu, so wäre ich längst nach . . . ins Krankenhaus gefahren, wo ich damals in einen hoffnungslosen Zustande, wo ich heute noch nicht gesund bin, entlassen wurde. Ich hatte jetzt beide Hände geschwollen, beide Arme und fortwährend geschwollene Füße. Der Verdienst reicht nicht aus um eine kräftige Nahrung zuzuführen und stehe ich tagelang ohne etwas zu essen über den Tag bei der Arbeit. Nun mache sich jeder ein klares Bild daraus. 3 Jahre schwer krank. Lungenbluten, Magenbluten, Nierenblutungen und ein volles Jahr Gebärmutterblutungen, im fortwährenden Fieber 40 Grad gewesen. Ersetzt man das in einem Jahre? . . . . Was soll für das Erwartende, was aus mir werden? Traurig, abermals traurig für das arme Volk. Was tuts. Ich bin Mutter von 4 Kindern, der eine ist lungenkrank und eine 16jährige arbeitsunfähig und 9 Entbindungen hatte ich. Ich habe weder Kinderwäsche noch Betteln, da ich in der größten Not alles verkaufen muß'e. Wir sind bloß in Logis und zahlen per Monat 200 Kč, Feuerung, Leben und verschiedene Rückstände von der Arbeitslosigkeit herrührend.“

Diese ausgebeuteten, ausgehungerten, kranken Proletarierfrauen sollen nach dem Wunsch der Klerikalen die reinsten Gebärmaschinen sein, sollen recht viel „Menschenmaterial“ liefern. Welch fühlende Mutter übernimmt die Verantwortung Kinder zur Welt zu bringen, Kinder für den Friedhof zu gebären. Doch die Sehnsucht nach kriegerischen Eroberungen, die Sucht nach Kanonenfutter, veranlaßt den Klerikalismus, gepaart mit dem Kapitalismus, reichen Kindersegen von den Proletarierfamilien zu wünschen. Sie brauchen billige menschliche Arbeitskräfte, eine große Reservearmee, wissend, je größer das Angebot, desto niedriger der Kaufpreis. Der Klerikalismus braucht verelendetes, in tiefer Unbildung befangenes und daher mehr gläubiges Material, wohl wissend, daß er sich nur auf der Dummheit der Menschheit erhalten kann. Diese Jesuiten erklären die Unterbrechung der Schwangerschaft als Mord. Diese Heuchler! Im Weltkrieg wurden neun Millionen Menschen im wahren Sinne des Wortes abgeschlachtet, am Arbeitsplatz (siehe das Bannunglück in Prag am Poříč) müssen Arbeiter ihr Leben lassen, Hunderttausende sterben, weil sie zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel haben. Eine Gesellschaft, die den Frauen Mutterpflichten aufzwingen will, muß auch die Pflicht übernehmen, für ein menschenwürdiges Dasein der Kinder Sorge zu tragen. Kann sie dies nicht oder will sie dies nicht, so muß sie die Mütter vor ungewollten Geburten schützen. Die zwangsweise ausgetragenen Kinder, Nachkommen von Syphilitikern, von Epileptikern, von Geisteskranken oder mit Volkskrankheiten behafteten Eltern, Kinder, die sagen können: „Wenn ick will, kann ick Blut in den Schnee jucken“ diese Kinder bilden eine furchtbare Anklage gegen das jetzige kapitalistische System, diese Kinder hätten nicht geboren werden dürfen! Wahrlich unmenschliches, unerträgliches Leid vermögen Mütter zu ertragen, doch sie wollen dieses grausame Leid ihren unschuldigen Geschöpfen, ihren Kindern ersparen.

Wollen sie das wirklich? Dann haben sie es in den Händen. Am 2. Dezember wählen alle Mädchen, Frauen und Mütter sozialdemokratisch!

Das ist die wahre, die richtige Antwort, die den Stützen dieses Systems, dem Bürgerblock gebührt.

Irene Kirpal.

Um jeden Preis gegen die Sozialdemokratie.

Die kommunistische Partei hat bei Beginn des Wahlkampfes Richtlinien für die Funktionäre ausgegeben, in denen sie selbstverständlich immer wieder betont, daß es notwendig sei, vor allem gegen die Sozialdemokratie, den Hauptfeind der Kommunisten, zu kämpfen. Besonders ist aber die Weisung,

die kommunistischen Arbeiter sollten in jenen Bezirken, in denen die KPČ zu einer selbständigen Kandidatur zu schwach sei und darum keine Liste habe,

leere Stimmzettel abgeben.

Es werden also in der Summe immerhin einige tausend Stimmen der Arbeiterschaft gänzlich verloren gehen. Die Abgabe leerer Stimmzettel kommt so der Bourgeoisie unmittelbar zugute, sie bedeutet aber auch, daß der Arbeiter das einzige Bürgerrecht, das er noch besitzt, das Wahlrecht, freiwillig preisgibt, statt durch die Abgabe seiner Stimme gegen das herrschende System zu protestieren.

Es wird hier nur bestätigt, was denkende Arbeiter seit Jahren schon wissen, daß die Kommunisten lieber die Reaktion in den Sattel heben, als mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zusammengehen!

Eine Flügelpartei des Aktivismus

Wen die Nationalsozialisten 1925 gewählt haben!

Die Nationalsozialisten spielen in diesem Wahlkampf die Partei der „völkischen Opposition“ und tun so, als ob sie mit den Aktivisten nie etwas zu tun gehabt hätten. Sie saßen aber nicht nur, als diese Aktivisten bereits in der Regierung vertreten waren, mit diesen in einem Verband, in dem sie sogar das „Veto-recht“ hatten, also angeblich Beschlüsse verhindern konnten, die sie nicht wollten, sie waren auch vor den Novemberwahlen 1925 mit den Klassenfeinden der Arbeiterschaft, mit den Parteien des nationalen Verrats aufs engste verschwistert.

Vor uns liegt ein Flugblatt, das die Nationalsozialisten 1925 herausgaben (gedruckt ist es in der nicht gerade völkischen oder arischen Druckerei Merch des „Pr. Tagblattes“) und das sie den liberalen Zeitungen beilegten. In diesem Flugblatte fordern sie ihre Anhänger auf, in den beiden Prager Wahlkreisen weder die Deutschnationalen, noch die Sozialdemokraten zu wählen. Sie raten ihnen vielmehr:

Wir müssen daher unseren Parteigenossen und Anhängern in den beiden Prager Wahlkreisen A und B empfehlen, die Liste des „Bundes der Landwirte“ zu wählen!

Wir stellen fest, daß das Verhalten des Bundes der Landwirte uns gegenüber in der Wahlbewegung streng sachlich ist. Mit Genugtuung haben wir wahrgenommen, daß unsere politische Losung: Kampf um Schule, Scholle und Arbeitsplatz im Wahlaufrufe des Bundes der Landwirte enthalten ist. Wir geben daher unsere Stimmen einer Gruppe der schaffenden Stände.

Wählt daher am 15. November die Liste Nr. 27.

Die „Gruppe der schaffenden Stände“ hat das Vertrauen nicht gerade gerechtfertigt. Mit weit weniger Genugtuung werden die Nationalsozialisten festgestellt haben, daß ihre Losung zum alten Eisen geworfen und dafür Zölle, Kongrua und Verwaltungsreform gemacht wurden.

Das hinderte immerhin den nationalsozialistischen Senator Jesser nicht, Propagandareden für den Aktivismus in Deutschland zu halten und noch heuer im Sommer in einem Artikel in der christlichsozialen „Deutschen Presse“ den Regierungsparteien das Wort zu reden und für die „Unteilbarkeit“ der Sudetenländer, **gegen die von seiner Partei angeblich geforderte territoriale Autonomie aufzutreten!**

Sonderbare Praxis der politischen Behörden. Die politischen Behörden versuchen mit allen Mitteln, **die vom Obersten Verwaltungsgerichte als ungiltig erkannten Bestimmungen der Sprachenverordnung durchzusetzen. Um einen Druck auf die Gemeinden auszuüben, laden die politischen Behörden den betreffenden Vorsteher vor und versuchen, unter Drohung mit dem Schutzgesetze und anderen strafgerichtlichen Bestimmungen zur Befolgung der ungiltigen Bestimmungen der Sprachenverordnung zu nötigen.** Aufgabe der parlamentarischen Parteien wird es sein, ein derartiges Vorgehen der politischen Behörden abzustellen.

Wähler und Wählerinnen!

Ihr steht vor einer bedeutsamen Entscheidung:

Der Block der tschechischen, slowakischen und deutschen Bürgerparteien, der seit zweieinhalb Jahren regiert, dankt seine Macht und den rechtlichen Schein seines Regimes der Fehlentscheidung der Wählermassen am 15. November 1925. Von den verlogenen Wahlversprechungen der Agrarier, Christlichsozialen und Gewerbeparteiler irregeführt, von dem Schlagwort der „deutschen Einheitsfront" und dem anderen des „Kampfes um die Religion" geleitet, haben damals

zehntausende proletarische Wähler ihre Stimmen dem Klassenfeind, dem unversöhnlichen Gegner des arbeitenden Volkes gegeben.

Als die Bürgerparteien ihre Versprechungen durch den Verrat aller Volksinteressen, durch die Preisgabe ihrer nationalen Forderungen, durch das schimpflichste Kompromiß, das die Geschichte dieses Landes kennt, einlösten, indem sie **sich mit der Bourgeoisie der anderen Nationen,** nicht zur Lösung der nationalen Frage, wie sie versprochen hatten, sondern **zur Ausplünderung der werktätigen Massen vereinigten,** erkannten Tausende Proletarier ihren Irrtum. Die Gemeindewahlen im Vorjahr, der Proteststurm, der bei der Gesetzwerdung der Verwaltungsreform, beim Abbau der Sozialversicherung durch die Massen des Volkes ging, haben bewiesen, daß die

Regierungsparteien längst nicht mehr die Mehrheit des Volkes hinter sich haben.

Die Landeswahlen, von den schuldbewußten Bürgerparteien auf den äußersten Termin hinausgeschoben, werden endlich Gelegenheit zu einer allgemeinen

Volksabstimmung

über die Politik des Bürgerblocks, zu einer Abrechnung mit den Klassenparteien der Besitzenden, zu einer Korrektur des Irrtums von 1925 bieten. Wir können zwar auch durch einen großen Wahlerfolg am 2. Dezember den Bürgerblock, der den demokratischen Schein seiner Herrschaft ja durch die Mehrheit im Parlament erweckt, nicht unmittelbar stürzen. Das Volk aber kann zeigen, daß die Parlamentsmehrheit des Bürgerblocks — längst nur noch durch den „Wahlgerichtshof" und durch Mandatsaberkennungen aufrechterhalten — keiner Mehrheit im Volke entspricht. **Wir können durch die Entscheidung vom 2. Dezember die Voraussetzungen für den Sturz des Bürgerblocks schaffen, unserer Forderung nach Auflösung des Parlaments millionenfachen Nachdruck geben.** Darum müssen die Vertretungswahlen, die das Bürgertum so gern als „unpolitische" hinstellen möchte, ein

Volksurteil über den Bürgerblock

werden. Das deutsche Bürgertum hat vom ersten Tage seiner „Teilnahme an der Macht" bis heute reine Klassenpolitik im Interesse der Besitzenden gemacht. Erinnert Euch seiner ersten Taten!

Zölle, Kongrua, Erhöhung der Verbrauchssteuern,

das waren die ersten gesetzgeberischen Taten des Bürgerblocks. Durch die Schaffung fester Zölle auf alle Lebensmittel wurden die **Preise der wichtigsten Nahrungsmittel** — Brot, Mehl, Fett, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Heringe, Fleisch u. a. m. — **in die Höhe getrieben,** so daß der Haushalt einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie um jährlich mindestens 900 Kronen Mehrbelastung erhielt. Löhne und Gehälter aber sind in derselben Zeit nicht gestiegen, denn in allen Lohnkämpfen stand das Bürgertum und seine politische Vertretung auf der Seite der Unternehmer. Die Großagrarier, wenige Tausende großer Besitzer, tragen den Profit von den Zöllen heim. **Anderthalb Milliarden Kronen Uebervorfit brachte die Zollaktion der „christlichen" Bürgerblockparteien den Großgrundbesitzern und Großbauern.** Aber nicht nur Lebensmittelzölle belasteten die Bevölkerung. Durch die **Zölle auf Futtermittel, Kunstdünger, landwirtschaftliche Maschinen haben die Großagrarier dem Häusler und Kleinbauer die Existenz untergraben.** Auch er zahlt, ohne von den Zöllen nennenswerten Nutzen zu haben, für die wichtigsten Bedarfsartikel seiner Wirtschaft bedeutend erhöhte Preise.

Arbeiter, Angestellte, Beamten, Kleinbauern und kleine Gewerbetreibende sind durch diese Politik der Hungerzölle verelendet.

Zur selben Zeit aber hatte der Staat 40 Millionen Kronen für die Erhöhung der Kongrua, der Pfaffengehälter, übrig und es fand sich kein einziger Diener der christlichen Nächstenliebe, der es abgelehnt hätte, die blutigen, den Aermsten der Armen abgepreßten Kreuzer von der Regierung des Bürgertums anzunehmen! Die Erhöhung der Zuckersteuer, der Spiritussteuer, die volle Aufrechterhaltung der drückenden Umsatzsteuer, trugen das ihre zur Verteuerung des Lebens bei. Während der Herrschaft der Bürgerparteien ist der

Zuckerpreis um die Hälfte gestiegen.

Ein Drittel des Zuckerpreises fließt in die Staatskasse, ein Drittel ist Unternehmerprofit und nur ein Drittel entspricht den wirklichen Herstellungskosten des Zuckers. Wir haben vor zwei Monaten erst aufs neue gesehen, wie die Bürgerparteien unter dem Diktate der Zuckerbarone stehen, haben es erlebt, daß ohne jeden Anlaß der Zuckerpreis erhöht und durch Preissteigerung und Steuergeschenke den Zuckerbaronen neue 200 Millionen in die Taschen gespielt wurden. Zum größten Fischzug der räuberischen Bourgeoisie aber wuchs sich die

Steuerreform des Bürgerblocks

aus. Wißt Ihr, warum die Steuervorschreibungen nicht vor den Wahlen hinausgehen sollten, warum die Bürgerparteien dem Finanzminister Englis grollen, der ihnen die Wahlkampagne verdarb?! **Weil die neuen Steuern für die kleinen Leute höher sind als die alten! Weil die Hausklassensteuer für die großen Hausbesitzer herabgesetzt, für die kleinen aber von 3 auf 5 Kronen erhöht wurde, weil die kleinen Häusler, Bauern, Gewerbetreibenden an Hausklassen-, Grund- und Erwerbssteuer mehr zahlen werden als früher.** Dem Arbeiter vollends zieht man die Steuer vom Lohne ab, von den Massensteuern ganz abgesehen, die wir mit jedem Bissen Brot, bei jedem Einkauf entrichten und die für jeden Proletarier Tausende Kronen jährlich ausmachen, ein Viertel, oft vielleicht ein Drittel seines Lohnes verschlingen. Dafür **erhielt die Industrie, erhielten die Banken, die Großgrundbesitze, der große wucherische Hausbesitz in den Städten an Steuern und Umlagen Milliarden geschenkt!** Der Bürgerblock hat aber auch den

Mieterschutz abgebaut und die Bauförderung sozusagen wie beseitigt.

Von Milliarden Steuergeldern wird **kein Kreuzer für Wohnbauten verwendet, wird dem kleinen Mann kein Kredit gewährt,** ja vom nächsten Jahr an werden **kleine Neubauten nicht einmal mehr Steuerbefreiung genießen.** Dem Häusler fällt das Dach über dem Kopf ein, der kleine Hausbesitzer hat kein Geld für Reparaturen, den **großen Zinsgeiern aber macht man Geschenke von Zehntausenden, in ihren Zinskasernen bestehen übervalorisierte Mieten und sie brauchen sie nicht zu versteuern!** Zehntausende sind wohnungslos und das Wohnungselend steigt seit dem Beginn der Bürgerblockherrschaft ständig an. Geld in Hülle und Fülle hat der Bürgerblock nur für den

Militarismus

übrig. Dreieinhalb Milliarden unkontrollierter Rüstungsfonds, anderhalb Milliarden jährliches Mindestbudget für den Militarismus — das ist die Sozialpolitik „christlicher" Bürgerparteien. Der Bürgerblock hat die **Militärdienstzeit auf 18 Monate verlängert,** ohne diese Verlängerung auf eine bestimmte Zeit zu beschränken. Er hat durch die Errichtung der Landwehr dem Heeresminister Gelegenheit zur willkürlichen Ueberschreitung des Rekrutenkontingents gegeben, er hat durch die Ersatzreserve **Privilegien für die Söhne der Großbauern geschaffen,** von denen er die Söhne von Arbeitern und Kleinbauern systematisch ausschließt. Er hat den alten **Generalen die Pensionen erhöht,** aber die **Altpensionisten hungern lassen, die Staatsbeamten geprellt, die Lehrer im Elend stecken lassen.**

Die Klassenpolitik des deutschen Bürgertums ist die Aushungerung der arbeitenden Schichten der Nation, die systematische Verelendung des sudetendeutschen Volkes!

Aber die Klassenpolitik des deutschen Bürgertums hat auch die Verwaltungsreform geschaffen.

Um der Sozialdemokratie die Möglichkeit zu nehmen, in Gemeinden und Bezirken Sozial- und Kulturpolitik zu treiben, zehntausenden Arbeiterkindern Gesundheit und Leben zu erhalten, Bildung zu vermitteln, den Aufstieg der arbeitenden Schichten des Volkes zu menschenwürdigem Dasein zu fördern, haben **Agrarier, Christlichsoziale und Gewerbepartei die Selbstverwaltung der Gemeinden und Bezirke vernichtet, unter dem Beifall der übrigen Bürgerparteien der „Roten Gemeindewirtschaft" den Dolchstoß versetzt.** Um ihre Klassenherrschaft in den Verwaltungskörperschaften zu errichten, haben die deutschen Bürgerparteien **die letzten Reste nationaler Selbstverwaltung zerstört, die wir noch besaßen, an die Stelle des demokratischen Gaugesetzes die obrigkeitliche Ländervertretung gesetzt, die autonome Bezirksverwaltung dem Bezirksvascha ausgeliefert, das Wahlrecht durch die Ernennung eines Drittels der Mitglieder verfälscht,** die autonomen Beamten den tschechischen Vorgesetzten **preisgegeben, die Tschechisierung der Bezirksverwaltung hingenommen.** Um ihre Klassenherrschaft zu festigen, haben die Christlichsozialen und Agrarier das

Prügelpatent

noch verschärft und durch bürokratischen Terror die verfassungsrechtlichen Grundrechte des Staatsbürgers faktisch aufgehoben.

Unter der Ministerschaft Mayr-Hartings wütet die Zensur gegen die Arbeiterpresse, verfolgt man unsere Organisationen und Vertrauensleute mit Hochverratsprozessen, ruft die christlichsoziale Partei nach dem Schutzgesetz, um unsere Wahlagitation unmöglich zu machen.

Das Maß der Sünden ist voll, am 2. Dezember wird abgerechnet!

Könnt Ihr, Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte, Beamten und Lehrer, Kleinbauern und kleine Gewerbetreibende, noch einmal Eure Stimmen den Parteien geben, die Euch Erfüllung Euerer wirtschaftlichen und nationalen Forderungen versprochen, aber einzig die Forderungen Eurer Ausbeuter und Unterdrücker verwirklicht haben?! Könnt Ihr die schuldbeladenen Christlichsozialen, Agrarier und Gewerbeparteiler wählen, die für die Verteuerung der Lebensmittel, für die Erhöhung aller Steuern, für den Militarismus, für Vergewaltigungsreform und Prügelpatent, aber gegen alle volksfreundlichen, sozialen und demokratischen Anträge der Sozialdemokratie gestimmt haben?!

Verjagt die Regierungsparteien, peitscht die Wechsler aus dem Tempel!

Könnt Ihr Eure Stimme den Nationalsozialisten geben, die 1925 mit den Aktivisten verbündet waren, für sie geworben, ihnen in einzelnen Wahlkreisen ihre Stimmen gegeben haben? Könnt Ihr diese Partei wählen, die zum Schaden des arbeitenden Volkes seit zwei Jahrzehnten regelmäßig zwischen links und rechts wechselt und im entscheidenden Augenblick Euch noch immer verraten hat? Könnt Ihr den deutschen Volksverband wählen, eine Partei der Besitzklassen und Arbeiterfeinde, den Fabrikanten und Großbauern? Oder könnt Ihr die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft wählen, das Sammelsurium aller reaktionären Elemente, diese Ersatzreserve des Bürgerblocks, die bereit ist, sobald sie nur ein Mandat besitzt, die Klassenfront des Bürgertums zu verlängern, die heute schon in ihrem Programm die Verwaltungsreform und alle reaktionären Gesetze gutheißt?

Rechnet auch mit diesen Gehilfen des Bürgerblocks, mit diesen Reserven der Klassenfront der Besitzenden ab!

Oder könnt Ihr Arbeiter, Euere Stimmen wegwerfen, indem Ihr sie den Kommunisten, den Lakaien der Moskauer Diktatoren gebt, die seit Jahren der Arbeiterschaft in den Rücken fallen, die letzte Hoffnung der Bourgeoisie darstellen, den Arbeiter in Niederlagen und Katastrophen führen, um ihn dann im Stiche zu lassen? Ihr werdet dem Bürgertum nicht die Freude machen, kommunistisch zu wählen!

Arbeitendes Volk in Stadt und Land,

Du stimmst morgen:

Gegen

Hungerzölle, Massensteuern, Militarismus, Prügelpatent, Vergewaltigungsreform, bürgerliche Klassenherrschaft und Bereicherung der Besitzenden!

Für

Besitzsteuern, Sozialpolitik, Abrüstung, Selbstverwaltung, Schutz der Arbeitenden, Kontrolle und Einschränkung der großen Kapitalsorganisationen!

Im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit, Arbeitenden und Ausbeutern, Unterdrückern und Unterdrückten

gibt es kein Schwanken,

sondern nur eine Wahl:

Für den Sozialismus! Für die Sozialdemokratie!

Zweck und Sinn des Gemeindefinanzgesetzes.

Das Gesetz über die Neuregelung der Finanzwirtschaft der territorialen Selbstverwaltungsverbände wie das sogenannte Gemeindefinanzgesetz eigentlich heißt, ist ein vernichtender Schlag gegen die Selbstverwaltung der Gemeinden und Bezirke. Das Gesetz ist gegen die Demokratie gerichtet, denn diese soll vernichtet und der Einfluß der Bevölkerung auf die öffentliche Verwaltung gebrochen werden. Wahrhafte Demokratie hat zur Voraussetzung die Selbstverwaltung und ohne letztere gibt es keine Demokratie. Würde es kein allgemeines gleiches Wahlrecht für die Gemeinde geben, würde irgendein bürgerlicher Klüngel die Gemeinden beherrschen, das Gemeindefinanzgesetz wäre nie geschaffen worden. Es ist richtig, daß dieses Gesetz den Besitzenden Steuerlasten abnimmt und sie den Besitzlosen in Form der Abgaben und Gebühren auferlegt, aber diese Verschiebung in der Verteilung der Lasten ist nichts anderes, als die greifbare Erscheinungsform des wütenden Hasses der Besitzenden gegen die Besitzlosen. Im ganzen Gemeindefinanzgesetz spiegelt sich der nackteste Klassenkampf wider, den die Besitzenden und fast das ganze Bürgertum gegen die Arbeiterschaft führen. Schon dem Motivenbericht zum Gemeindefinanzgesetz ist zu entnehmen, wie bitter die besitzende Klasse das Wahlrecht der Arbeiterschaft haßt. Dieser Motivenbericht führt aus, daß die Erhöhung der Gemeindezuschläge ihre Ursache hat: In der Honorierung der Ehrenämter, den erhöhten Bezügen der Angestellten, der Einrichtung von Nebensächlichkeiten, den Repräsentationsausgaben, der Durchführung überflüssiger Einrichtungen usw. Die zur Verwaltung der Gemeinden Berufenen (die Gewählten) haben, nach dem Senatsberichte, ihre Macht nicht verständig anzuwenden verstanden. Am liebsten würde man das allgemeine gleiche Gemeindewahlrecht beseitigen, man getraut sich nur nicht zur Durchführung einer solchen Maßregel. Nicht etwa, daß die Schaffer des Gemeindefinanzgesetzes ihr Gewissen beschwert fühlen würden und daß sie die Empörung der Arbeiter abhielte — wozu hätte man denn die **1715 Millionen Kronen** jährlich **für den Militarismus** bewilligt —, nein, es sind andere Gründe für die erzreaktionären bürgerlichen Regierungsparteien maßgebend. Die Heerscharen der Christlichsozialen Volkspartei gehören zumeist der besitzlosen Klasse an, denn ein Besitzender sucht sein Heil nicht im Himmel, sondern sucht es hier. Diese Partei nimmt also wegen ihres eigenen Bestandes Rücksicht auf das politische Recht der Besitzlosen. Die Tschechoslowakei gebärdet sich nach außenhin als demokratischer Staat und Erwägungen der äußeren Politik zügeln den Haß gegen die Arbeiterschaft doch einigermaßen. Was also nicht offen und direkt möglich ist, soll auf dem Umwege des Gemeindefinanzgesetzes erreicht werden. Man braucht nur die Gemeindejahresvoranschläge für das Jahr 1928 zur Hand zu nehmen, um die Richtigkeit der hier aufgestellten Behauptung sofort zu sehen. Ist die Entlohnung eines Gemeindevorstehers, respektive Bürgermeisters noch so gering, es wurde doch noch etwas davon abgestrichen. Durchschnittlich sind die Entlohnungen um 60 Prozent, also um mehr als die Hälfte gekürzt worden. Diese Kürzungen bedeuten nichts mehr und nichts weniger als die **Beseitigung der Selbstbestimmung bei der Wahl des Vorstehers** beziehungsweise Bürgermeisters. Ein Arbeiter kann eine derartige Funktion nur dann annehmen, wenn er für den Verlust, den er an seinem Arbeitseinkommen durch die Ausübung des Amtes erleidet, entsprechende Vergütung erhält. Kann er eine solche nicht erhalten, dann wird und muß er auf die Funktion als Vorsteher verzichten und es wird jemand gewählt werden, dessen Einkommen oder Besitz nicht geschmälert wird. Dadurch wird der Sinn des allgemeinen gleichen Wahlrechtes verfälscht und von Demokratie kann nicht mehr gesprochen werden.

Von allen anderen Wirkungen des Gemeindefinanzgesetzes abgesehen, beseitigt dasselbe die Selbstbestimmung der Wähler und ist nichts anderes, als der fühlbare Ausdruck des infernalischen Hasses des reaktionären Bürgertums gegen die Arbeiterschaft. Daher kann mit vollem Recht behauptet werden: Die Wahlen am 2. Dezember sind Wahlen des uns aufgezwungenen Klassenkampfes! Daher, Arbeiter und Arbeiterinnen, steht zusammen und zwingt eure erbitterten, unversöhnlichen Feinde zu Boden. Hinweg mit diesen Feinden, nieder die Bürgerregierung!

„Deutsche Arbeiterstimmen für tschechische Kandidaten."

Wähler und Wählerinnen!

Das Bürgertum greift in diesem Wahlkampf in dem das werktätige Volk mit seinen Peinigern und Ausbeutern, mit den Schöpfern **der Verwaltungsreform**, den **Verteuerern der Lebensmittel**, den **Verantwortlichen für Hunger und Not unseres Volkes** abrechnen will, zu allen Mitteln, um den einzigen gefährlichen Gegner des Besitzbürgerblocks, die

deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei,

zu verleumden und im Kampfe zu schwächen. Man erzählt euch, die deutsche sozialdemokratische Partei zwinge ihre Anhänger, ihre Stimmen für eine tschechische Partei abzugeben, da die deutsche Sozialdemokratie mit der tschechischen Sozialdemokratie gekoppelt hat. **Denselben Vorwurf aber müssen die tschechischen Sozialdemokraten von den tschechischen Bürgerparteien hören.** Auch ihnen wirft man vor, sie hätten durch die Koppelung tschechische Stimmen den Deutschen zugeschanzt.

Was bedeutet die Koppelung wirklich?

Durch die Koppelung der Listen erhält die Partei mit dem größeren Stimmenrest auch den kleinen Stimmenrest der anderen Parteien zugewiesen.

Wenn die deutsche Sozialdemokratie mit der tschechischen koppelt, so können ebenso gut tschechische Stimmen der deutschen Liste, wie deutsche der tschechischen zugezählt werden.

In einzelnen Bezirken werden die tschechischen Sozialdemokraten den deutschen Rest erhalten, in anderen die deutschen den tschechischen Stimmenrest.

Es geht keine deutsche Stimme verloren, denn durch die Koppelung in so vielen Bezirken wird ein Gleichgewicht der Stimmenreste auf beiden Seiten erzielt werden!

Die deutsche Sozialdemokratie koppelt mit der tschechischen Sozialdemokratie, weil sie in der **internationalen Zusammenarbeit der Arbeiterklasse das einzige Mittel zur Niederwerfung der internationalen bürgerlichen Klassenherrschaft**

und zur Erkämpfung menschenwürdiger Lebensbedingungen für die werktätige Bevölkerung sieht. Sie koppelt nicht mit den deutschen Bürgerparteien, weil sie

jede Gemeinschaft mit den Erwürgern der Selbstverwaltung, den Feinden der arbeitenden Bevölkerung, den Schutztruppen des räuberischen Kapitalismus ablehnt.

Die tschechische Sozialdemokratie tritt für **Selbstverwaltung der Gemeinden, Bezirke und Gaue ein,** also auch für die demokratische Gleichberechtigung der deutschen Bevölkerung, **die deutschen Bürgerparteien haben unsere Rechte an Kramař verkauft.**

Wollt ihr die deutschen Bürgerparteien wählen und dadurch für Kramař stimmen?

Wollt ihr die Preisgabe aller Freiheiten gutheißen? Könnt ihr die Nationalsozialisten wählen, die 1925 in den zwei Prager Wahlkreisen ihre Stimmen dem Bund der Landwirte gaben und dadurch mitverantwortlich sind auch für den nationalen Verrat dieser Partei?

Laßt euch nicht irreführen durch das Schlagwort von der Koppelung mit einer tschechischen Partei! Eure Stimme ist dem Deutschtum verloren, wenn ihr sie den Totengräbern der Selbstverwaltung, den deutschbürgerlichen Henkern der Nation gebt!

Eure Stimme kommt dem sozialen und kulturellen Aufstieg des deutschen Volkes, seiner demokratischen Freiheit zugute, wenn ihr die Liste der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei wählt!

Dokumente sprechen!

Der Großindustrielle Hermann Braß: „Man muß dafür eintreten, daß diese Partei (die Partei des jetzigen deutschen Nationalsozialisten Jung) entsprechende Erfolge bei den Wahlen haben kann."

Die deutschen Nationalsozialisten treiben skrupellosesten Wählerfang. Auch unter den deutschen Arbeitern. Darum sei gezeigt, wen und was die deutschen Industriellen in der Partei des Herrn Jung sehen. Es war im Jahre 1913. Herr Abgeordneter Jung kandidierte damals für den mährischen Landtag im Ostrau-Witkowitzer Wahlkreis für seine Partei, die noch „Deutsche Arbeiterpartei" hieß. Zur Unterstützung seiner Wahl verschickte damals der ehemalige Herrenhäusler und deutschnationale Fabrikant Hermann Braß in Hohenstadt folgendes **Rundschreiben an die mährischen Industriellen:**

Hohenstadt, am 28. Mai 1913.

Sehr geehrter Herr!

Nach dem Uebereinkommen mit den deutschfreiheitlichen Parteien ist **der Wahlkampf in der allgemeinen Kurie der Deutschen Arbeiterpartei überlassen worden.**

Es ist nun von großer Wichtigkeit, **daß in diesem Wahlkampf diese Partei siegt** und **daß derart in der allgemeinen Kurie in Mähren keine Sozialdemokraten gewählt werden.**

Um dies durchzuführen, ist die Abhaltung einer großen Anzahl von Wählerversammlungen notwendig, es muß mit Aufrufen und Flugblättern gearbeitet werden, es müssen in jedem Bezirk für eine Zeit lang besondere Wahlkanzleien unterhalten werden und es müssen die verschiedenen Orte des Wahlbezirkes bereist werden.

Alles dies verursacht große Auslagen, welche die Arbeiterpartei aus ihren eigenen Mitteln nicht tragen kann.

Es ergeht hiemit an alle deutschfreiheitlich gesinnten Volksgenossen, die sich in **besseren Vermögensverhältnissen** befinden, **die Aufforderung und Bitte, zur Bestreitung dieser Kosten freundlichst einen Beitrag zu widmen.**

Mit treudeutschem Gruße zeichne:

Hermann Braß.

Wenn es die Bekämpfung der Sozialdemokratie, der Kämpferin für die Interessen der Arbeiterschaft, gilt, sind die Fabrikanten niemals so knauserig, wie sie sich bei der Forderung nach Lohnerhöhung zeigen, darum darf man als sicher annehmen, daß sie der Partei des Herrn Jung die großen Auslagen der Wahl tragen geholfen haben. Aber Herr Braß begnügte sich nicht damit, die Fabrikanten zu Geldspenden für die sogenannte „Deutsche Arbeiterpartei" aufzufordern, er verschickte an die Fabrikanten des Wahlkreises auch das nachstehende Zirkulär, in dem sie zu „entschiedenem Eintreten" für Herrn Jung dringend ersucht wurden:

Hohenstadt, am 11. April 1913.

Sehr geehrter Herr!

Die Vertrauensmänner-Versammlung der Deutschen Volkspartei hat beschlossen, in der Kurie der allgemeinen Wählerklasse **Bewerber der Deutschen Arbeiterpartei zu unterstützen.** Es geschieht dies aus der Ueberzeugung, **daß durch die Deutsche Arbeiterpartei die Sozialdemokraten mit Erfolg bekämpft werden können** und daß die Mitarbeit der Deutschen Arbeiterpartei bei allen Wahlen in den Reichsrat für die freiheitlichen deutschbürgerlichen Parteien **von der größten Wichtigkeit** ist. Man kann aber nicht nur jeweilen verlangen, daß eine Partei die Bewerber der anderen unterstützt, sondern **man muß auch dafür eintreten, daß diese Partei entsprechende Erfolge bei den Wahlen haben kann.**

Aus diesem Grunde erlaubt sich die gefertigte Parteileitung, Sie, zu ersuchen, bei den Beratungen der Ortswahlausschüsse, der Bezirkswahlausschüsse und der Kreiswahlausschüsse in dem dortigen Bezirk für den von der Deutschen Arbeiterpartei in Aussicht genommenen Bewerber,

Herrn Ing. Jung,

entschiedenst einzutreten.

Mit treudeutschem Gruß zeichnet für die Parteileitung der Deutschen Volkspartei Mährens

Hermann Braß m. p.

Dieses „entschiedene Eintreten" sah dann in der Praxis wie folgt aus:

Kundmachung!

an **die für den Landtag wahlberechtigten** Arbeiter der Eisengießerei und Modelltischlerei.

Landtagswahlen.

Alle jene Arbeiter, welche Landtagswähler sind und im Besitze der **Wahl-Legitimation** und des **Stimmzettels** sind, **werden hiemit aufgefordert,**

diese Dokumente zwecks Deponierung bis längstens Samstag, den 7. Juni 1913, um 8 Uhr früh, und zwar entweder in der Rechnungs-Kanzlei, oder an den Gießereiaufseher, Herrn Gawlas, abzugeben.

Alle wahlberechtigten Arbeiter, welche bis zur

Der Schatz der Sierra Madre

Von B. Traven. 21

(Verlag der Büchergilde Gutenberg, Berlin 1928.)

8.

Die drei Männer, die sich hier zusammengefunden hatten, waren niemals Freunde gewesen. Sie hatten auch kaum je daran gedacht, irgendwann einmal Freunde zu werden. Sie waren, um das Beste in dieser Hinsicht zu sagen, Geschäftsfreunde. Aus reinen Nützlichkeitsgründen hatten sie sich zusammengetan. Sobald dieser Grund verschwand, hörte auch ihre Gemeinschaft auf. Sie kamen in Streitigkeiten, und sie zankten sich, wie das immer geschieht, wenn Menschen eine Weile beieinander sind. Dieses Zanken hätte sie mit der Zeit zu Freunden machen können. Das wäre nicht so verwunderlich gewesen. Wenn Menschen, die nicht Freunde sind, zu streiten anfangen und sich zanken, so ist das meistens der Beginn einer langen Freundschaft.

Die gemeinsamen Mühen, die gemeinsamen Sorgen, die gemeinsamen Hoffnungen, die gemeinsamen Enttäuschungen, die jene drei Männer in den Monaten, die sie nun schon beieinander waren, durchgemacht hatten, mußten nach allen Weisheiten der Soziologie zur Freundschaft führen. Sie waren doch Kriegskamaraden, bessere Kriegskameraden, als je ein Krieg hervorbringen konnte. Da war mehr als ein Fall vorgekommen, daß Howard dem Dobbs, Curtin dem Howard, Dobbs dem Curtin das Leben gerettet hatte; dann wieder, daß Dobbs den Howard, ein andermal den Curtin vor dem Verlust des letzten Atems bewahrt hatte. Alle möglichen Kombinationen waren vorgekommen. Jeder war immer sofort bereit gewesen, dem andern zu helfen und seine eignen Knochen oder gar das eigne Leben dran zu wagen, den Abgestürzten in Sicherheit zu bringen. Was war da alles schon vorgekommen. Da brach ein angefällter Baum zu früh, und Dobbs fing ihn mit der Schulter auf und gab ihm dadurch eine andre Richtung, sonst hätte der Baum Curtin zerschmettert. Wie die Schulter nachher aussah!

„Fein war das, Dobbs", sagte Curtin. Und das war alles. Was sollte er mehr sagen.

Zwei Wochen später brach ein Erdstollen durch, als Dobbs drin war, und Curtin wühlte ihn heraus, obgleich eine dicke schwere Schwarte kieseliger Erde über ihm hing und jeden Augenblick herunterbrechen konnte, um Curtin so sicher zu vergraben, daß Howard, der an der andern Seite den Stollen durchzustechen versuchte, auf alle Fälle zu spät gekommen wäre, um auch nur zu ahnen, wo die beiden hingekommen seien.

Als Dobbs dann herausgezerrt war, sein Bewußtsein wieder hatte und zu atmen anfing, sagte er: „Wenn ihr einmal mehr in die Hände gespuckt hättet, dann hätte ich auf diesen Sandhaufen nicht mehr spucken können." Dabei spie er ein Maul voll Erde aus.

Da wurden nie viel Worte gewechselt in solchen Fällen. Es war ganz nüchterner Dienst, den einer dem andern erwies. Aber diese Dienste, diese Hilfeleistungen brachten sie nicht näher zueinander. Sie wurden nicht Freunde. Sie würden nicht Freunde geworden sein, auch wenn sie noch zehn Jahre lang sich gegenseitig das Leben gerettet hätten.

Sie selbst konnten sich nicht beobachten, sie waren beteiligte Partei. Wer sie aber zuweilen hätte vor dem Feuer sitzen sehen, kurz vor dem Schlafengehen, der würde den Eindruck gewonnen haben, daß jeder von ihnen auf eine gute Gelegenheit warte, um den beiden andern an den Hals zu springen. Dennoch war es nicht Mord, was in ihren Augen glimmerte. Vielleicht war es Neid? Doch wenn jeder einzelne von ihnen gefragt worden wäre, was er gegenüber den andern empfinde, er würde nicht gesagt haben, „Neid" oder „Habgier". Das war es ganz bestimmt nicht. Jeder besaß gleich viel, jeder wußte, daß der andre so ziemlich alles Vermögen in das gemeinsame Unternehmen gesteckt hatte, daß jeder hart gearbeitet, jeder bitter gedarbt, jeder unmöglich Erscheinendes erduldet hatte, um zu etwas zu kommen. Wie konnte man da Neid empfinden? Oder Habgier? So widernatürlich fühlt ein gesunder Mensch nicht.

Jeden Abend, noch bei hellem Tageslicht, wurde der Ertrag des Tages sorgfältig abgeschätzt, dann in drei Teile geteilt, und jeder nahm seinen Teil an sich. Das hatte sich gleich von Anfang an wie von selbst gegeben. „Am besten, wir teilen jeden Abend, und jeder nimmt seinen Anteil an sich." Diesen Vorschlag machte Curtin am zweiten Abend der Woche, in der die Arbeit anfing, die ersten Gewinne abzuwerfen.

„Dann brauche ich wenigstens nicht euer Schatzhüter zu sein", sagte Howard.

Sofort sahen die beiden andern auf: „Wir hatten nichts davon gesagt, daß du das Gut in Verwahrung haben solltest. Das wäre noch sehr die Frage gewesen, ob wir dir das alles anvertraut hätten."

„Schaut ihr aus dem Fenster heraus?" lachte Howard. Er fühlte sich nicht beleidigt. Er hatte solche Wandlungen zu oft erlebt, als daß er sich deswegen aufgeregt hätte. Gutmütig sagte er: „Ich habe nur gedacht, daß ich der Vertrauenswürdigste hier bin."

„Du?" rief Dobbs. „Wir wohl nicht? Wir sind wohl entlaufene Sträflinge?"

Und Curtin sagte: „Was wissen wir denn, wo du alt geworden bist."

Howard ließ sich nicht aus der guten Laune bringen. „Freilich wißt ihr das nicht. Aber ich denke, hier draußen und zwischen uns, da zählt das alles nicht. Ich habe keinen von euch gefragt, wo er herkommt und wo er seine Jahre der Unschuld verbracht hat. Das wäre auch sehr unhöflich gewesen. Man soll niemand zum Lügen verführen. Hier draußen, wo kein Hahn kräht, da rettet kein Schwindel. Ob wir uns hier gegenseitig was vorlügen, oder ob wir uns einander die blutige Wahrheit erzählen, das ist keinen Nickel wert. Aber ich bin unter uns dreien der einzige, der hier draußen vertrauenswürdig ist."

Die beiden andern grinsten. Aber ehe sie Zeit fanden, eine saftige Antwort zu geben, fuhr Howard fort: „Braucht nicht aufzufahren. Es ist richtig, was ich da sage. Hier gilt nur die nackte Tatsache. Wir könnten ja dir", dabei nickte er zu Dobbs hinüber, „das Gut zur Aufbewahrung anvertrauen. Aber wenn ich im Busch sitze und Stützen zimmere und Curtin in den Laden hinuntergeritten ist, packst du auf und ziehst ab." „Das ist eine Gemeinheit, so etwas zu sagen", brauste Dobbs auf.

„Mag sein," erwiderte Howard ruhig, „daß es eine Gemeinheit ist, es auszusprechen. Aber es ist dieselbe Gemeinheit, so etwas zu denken. Und du wärst der erste Mensch, dem ich je begegnet bin, der so etwas nicht denken würde. Mit dem Gute der andern durchzubrennen ist, da will ich euch gleich meine Meinung sagen, keine Gemeinheit, sondern hier draußen ist das nur eine ganz natürliche Sache. Ein Dummkopf, der es nicht tut. Ihr seid nur zu schäbig, es eingugestehen. Aber laßt uns mal zwanzig Kilo Fein im Schatze haben, dann will ich einmal sehen, was ihr denkt. Ihr seid nicht besser und nicht schlechter als irgendwelche andre Burschen.

(Fortsetzung folgt.)

Kunde die Wahllegitimation nicht erhalten haben, haben dies sofort in der Rechnungskanzlei eventuell dem Herrn Gawlas anzuzeigen. Alle wahlberechtigten Arbeiter, ohne Unterschied ihres Aufenthaltsortes, haben sich

Sonntag, den 8. Juni 1913, um 6 Uhr früh im Gießereihofe einzufinden, Abteilung Eisengießerei

der

Witkowitzer Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft.

J. B. Unterschrift: unleserlich.

Die vielen tausende Arbeiter der Witkowitzer Eisen- und Bergbau-Industrie wurden am Wahltage im Sinne dieser Kundmachung **von den Aufsehern zur Wahlurne geführt, wie Schafe zur Schur getrieben werden.** Auf diese Weise wurde Herr Jung damals gewählt!

Die vorstehenden Dokumente wurden vor einigen Tagen von unserem Troppauer Parteiblatt veröffentlicht, worauf Herr Jung in den Zeitungen erklären ließ, daß alles nur eine „sozialdemokratische Wahlmache" sei und daß er klagen werde. Demgegenüber sagt die Troppauer „Volkspresse", daß sich **die notariell beglaubigt** gerechnet werden, es müssen in jedem Bezirk für **tals in ihren Händen befinden und daß dieselben am Donnerstag in der in Troppau stattfindenden Wählerversammlung im Stadtsaal „Drei Hahnen" öffentlich zur Einsichtnahme herumgehen werden, was gestern auch geschehen ist!**

Dokumente sprechen! Braucht jemand erst lange zu raten, **warum die Fabrikanten zur Wahl des Herrn Jung Geld sammelten und den niederträchtigsten Wahlterror organisierten?**

Arbeiter und Arbeiterinnen! Gebt auf diese Frage am 2. Dezember die Antwort!

„Im Interesse der Arbeitgeber . . ."

Die Geschäftsstelle der deutschen Land- und Forstwirtschaft in Prag-Weinberge (Fochova 3) hat dieser Tage ein Rundschreiben ausgegeben, in dem sie auf die Gefahr aufmerksam macht, die für die landwirtschaftlichen Klassen dadurch entsteht, daß vor allem Vertreter der organisierten Arbeiterschaft in die Organe der landwirtschaftlichen Versicherungsanstalten ernannt werden. **Sie fordert daher die Unternehmer auf, die nichtorganisierten Arbeitnehmer zur Aufstellung eigener Listen zu veranlassen.** Doch das Rundschreiben mit seiner famosen Anweisung spricht für sich selbst:

„Es ist daher **dringend notwendig, daß der Gewerkschaftsliste eine Liste der Nichtorganisierten landw. Arbeitnehmer gegenübergestellt wird,** da diese ja eigentlich die Mehrheit der Versicherten umfaßt.

Hier wird es Aufgabe der landw. Bezirks-

Hier wird es **Aufgabe der landw. Bezirksorganisationen** und der **landwirtschaftlichen Arbeitgeber sein, den nichtorganisierten Arbeitnehmern die Sache klar zu machen und ihnen** bei der Bekanntgabe ihrer Vertreter in die Organe der landwirtschaftlichen Krankenversicherungsanstalten **behilflich zu sein.** Es wären daher die besten und fähigsten Arbeitnehmer aus den Reihen der gewerkschaftlich nicht Organisierten auszuwählen, und in eine Vorschlagsliste für die Ernennung aufzunehmen. Diese Liste soll **von einer möglichst großen Anzahl nichtorganisierter Arbeitnehmer unterzeichnet werden.**

Die auf diese Weise zustandegebrachten Vorschläge der Arbeitnehmer sind der zuständigen landwirtschaftlichen Krankenversicherungsanstalt zu übergeben und eine Abschrift des Vorschlages sowie allfälliger späterer Aenderungen unbedingt der Vereinigung deutscher Krankenversicherungsanstalten in Prag XVI., Nr. 1292, einzusenden.

Im Interesse der richtigen Vertretung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer ist es, wenn auch die nicht gewerkschaftlich organisierte Mehrheit der Versicherten bei den Ernennungen zur Geltung kommt **und ist es auch im Interesse der landwirtschaftlichen Arbeitgeber selbst,** wenn sie in **taktvoller Weise diesen Arbeitnehmergruppen behilflich sind,** die gebührende Vertretung zu erlangen."

Es werden also Gimpel gesucht, die als „nichtorganisierte" — Unternehmervertreter in die Kassen gehen und dort den Großgrundbesitzern die Staffage machen. Die organisierte Arbeiterschaft allerdings kann die Nichtorganisierten nun auf dieses Rundschreiben verweisen und wird sie leichter davon überzeugen können, daß sie in „taktvoller Weise" nur den Vorspann ihrer Gegner abgeben sollen.

Die „allnationale Koalition warbesser".

In der Prager Rosche-Versammlung, in der die Kafka-Platte der Prager „Deutschdemokraten" bekanntlich, gleichermaßen vom Mute der Makkabäer und der Cherusker geschwellt sich für die Verwaltungsreform in die Bresche warf, erklärte Dr. Rosche zu wiederholten Malen, es sei nach acht Jahren allnationaler Regierung natürlich für die Deutschen überaus schwer gewesen, etwas zu erreichen. Auch des Kafka betonte immer wieder, man dürfe diese Regierung um Gotteswillen nicht stürzen, solange die Gefahr bestehe, es könnte wieder eine allnationale Koalition auf sie folgen.

Demgegenüber erklärte der deutschnationale Parteisekretär Hermann, der überhaupt den rasenden Judäogermanen bewies, daß man auch als Bürgerlicher und Nationalist anständig diskutieren kann,

die allnationale Koalition habe den Deutschen weniger geschadet, als die tschechisch-deutsche Bürgerregierung: denn die Teilnahme der Deutschen an dem Regime decke es gegen das Ausland und mache so den tschechischen Chauvinismus die Mauer.

Ebenso erklärte der deutschnationale Redner, er sei fast überzeugt, daß eine rotgrüne Koalition (über deren mögliches oder unmögliches Zustandekommen wir uns hier nicht auseinandersetzen wollen, da sie ja im gegenwärtigen Zeitpunkt keinesfalls zur Diskussion steht) uns in nationaler Hinsicht mehr bringen würde, als der deutschbürgerliche Aktivismus.

Wer hat die Pensionsversicherung verschleppt?

Die bürgerlichen Parteien, die Aktivisten und ihre Helfer von der Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft, versuchen ihre Sünden nun damit zu rechtfertigen, daß sie nach Möglichkeit die allnationale Koalition für all das verantwortlich machen, was sie getan und was sie unterlassen haben. Nun fällt es uns, die wir die schärfsten Gegner des allnationalen, die Klassenkämpfe verfälschenden Regimes waren, nicht im Traume ein, irgendetwas zu verteidigen, was die allnationale Koalition zum Schaden der proletarischen Interessen unternommen hat. Aber der Wahrheit wegen und aus dem besonderen Grunde, weil die Bürgerparteien mit dem „Kampf" gegen das verwichene Regime Schindluder treiben, müssen wir den Fälschungen der Bürgerlichen entgegentreten.

Da wird etwa kühn behauptet, die „**Verschleppung der Pensionsversicherung**" sei die „historische **Schuld der tschechischen Sozialdemokraten, die während der langen Zeit ihrer Regierungsteilnahme die Novellierung verhinderten**".

Das ist nun wirklich eine ganz dreiste Fälschung. Unter der Ministerschaft Habermans wurde die ministerielle Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfes der Pensionsversicherung eingesetzt und im Jahre 1924 begann sie zu arbeiten. Sie hatte allerdings von allem Anfang an mit dem Widerstand der Arbeitgeber zu kämpfen, die es soweit brachten, daß über den § 1, der den Kreis der Versicherungspflichtigen feststellt, ein volles Jahr verhandelt wurde! Es war dann der Minister Sramek, der an dem Entwurf eigenmächtig Aenderungen vornahm, ohne die Kommission noch zu befragen. Es war Sramek, der den Entwurf ohne Motivenbericht vorlegte, diesen in einer Woche zu liefern versprach, aber erst nach Monaten (im September d. J.) vorlegte. Es geschah auf Srameks und der bürgerlichen Parteien Betreiben, daß das Junktim mit der Krankenversicherung hergestellt wurde, das eine weitere Verschleppung um mindestens ein Jahr bewirkt hätte.

Die Verschleppung der Pensionsversicherung ist ein **Werk der Bürgerblockparteien** und der Unternehmer. Die tschechischen Sozialdemokraten haben sich gerade in dieser Frage ernstlich und dauernd bemüht, rechtzeitig einen Entwurf vorzulegen. Es wird den Bürgerparteien nicht gelingen, sich von ihrer Schuld reinzuwaschen!

Die Landbündler werfen den Christlichsozialen „Mißbrauch kirchlicher Einrichtungen", „Doppelzüngigkeit" und „Augenauswischerei" vor!

In letzter Stunde haben sich die deutschen Landbündler entschlossen, den Burgfrieden zwischen ihnen und ihren christlichsozialen Kollegen aus Regierung und Koalition zu brechen, um die Klerikalen noch tüchtig anzuschwärzen, ehe die gemeinsame Schlacht gegen die Sozialdemokraten geschlagen und — verloren wird. Vor uns liegt ein vom Bund der Landwirte unterzeichnetes Flugblatt, das mit folgenden freundlichen Worten der Spina-Partei an die Partei Mayr-Hartings beginnt:

„**Die Christlichsozialen betreiben wiederum von der Kanzel herunter und in einer Werbung von Haus zu Haus unter den Landwirten und insbesondere unter den Frauen und Töchtern der Landwirte einen Seelen- und Stimmenfang. Der Mißbrauch kirchlicher Einrichtungen zu Wahlzwecken seitens der christlichsozialen Partei kann nicht oft und nicht scharf genug verurteilt werden.**"

An einer anderen Stelle dieses Flugblattes heißt es:

„**Die christlichsoziale Partei befleißige sich als sogenannte Volkspartei, wie die deutsche Nationalpartei, stets einer großen Doppelzüngigkeit.**"

Weiter:

„**Den neuesten Bauernfang und Schwindel betreiben die Christlichsozialen mit den sogenannten Bauernbünden.**"

„**Der christlichsoziale Bauernbund ist nichts anderes als eine Augenauswischerei.**"

Dann werden die „**Haupt- und Todsünden der christlichsozialen Partei**" aufgezählt und ihr vorgeworfen, daß sie manchmal zum Schein ihre Arbeiterfeindlichkeit etwas zurückstellt, was man doch den Landbündlern nicht nachsagen könne.

Wähler und Wählerinnen! Nehmet in letzter Stunde zur Kenntnis, daß Christlichsoziale und Landbündler, die doch wahrhaftig das gleiche Riesenmaß von Schuld an der Entrechtung und Ausbeutung des arbeitenden deutschen Volkes haben, einander nur wegen des einen Punktes in die Haare fahren:

Sie werfen einander, wie aus dem landbündlerischen Flugblatt hervorgeht, vor, daß sie gegen die Arbeiterschaft noch zu wenig getan hätten!

Das landbündlerische Flugblatt schließt mit den Forderungen:

„**Wirksamen Viehzoll**",
„**Abbau der sozialen Lasten**",
„**Abbau des Mieterschutzes**".

Mit unverschämter Offenheit wird hier die weitere Entrechtung und Verelendung der Arbeiter angekündigt.

Christlichsoziale und Landbündler konkurrieren mit einander um das Verdienst der größeren Schandtaten gegen das arbeitende Volk!

Ein Dummkopf darum und sein eigener Feind der Arbeiter, der Kleinbauer, der Häusler, der Angestellte, der einer dieser beiden Parteien seine Stimme gibt!

Severing als Schiedsrichter.

Ein Vorschlag der Reichsregierung. — Entscheidung der Revierkonferenzen am Sonntag.

Berlin, 30. November. (Eigenbericht.) **Die Vermittlungsaktion der Regierung im Ruhrkampf hat bisher zu keinem Ergebnis geführt. Am Vormittag empfing der Reichskanzler im Beisein des Reichswirtschaftsminister Curtius und des Reichsarbeitenministers Wissell die Vertreter der Schwerindustrie. Nach längeren Verhandlungen stimmten die Unternehmer dem Vorschlag der Regierung bei, daß Reichsinnenminister Severing einen Schiedsspruch fällen solle. Die Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen, mit denen dann verhandelt wurde, erklärten, daß sie über diesen Vorschlag die Entscheidung der Revierkonferenzen abwarten müßten, die für Sonntag einberufen sind. Sonntag abends werden die Gewerkschaften den Reichskanzler telegraphisch die Entscheidung der Revierkonferenzen mitteilen. Davon wird es abhängen, ob die Verhandlungen beim Reichskanzler am Montag fortgesetzt werden können.**

Passive Resistenz der österreichischen Postler?

Seipel bietet zweieinhalb Prozent Gehaltserhöhung an.

Wien, 30. November. (Eigenbericht.) Gestern hatte der Bundeskanzler den Post- und Telegraphenangestellten erklärt, daß er über die bereits bewilligten Zugeständnisse in der Frage einer Gehaltserhöhung nicht hinausgehen könne und eventuell auch ohne ihre Zustimmung die Vorlage im Parlament einbringen würde.

Heute hat er im Budgetausschuß tatsächlich die Vorlage eingebracht, wonach allen Bundesangestellten in zwei Raten **dreißig Prozent eines Monatsgehaltes** jährlich bewilligt **werden; das ist eine Erhöhung der Bezüge um zweieinhalb Prozent, was die Angestellten von vornherein abgelehnt hatten.**

Der gemeinsame Post- und Telegraphenzentralausschuß, dem Organisationen aller Parteien angehören, hat darauf beschlossen, den Vertrauensmännern, die am Abend tagen, vorzuschlagen, daß vom 2. Dezember nachts angefangen die passive Resistenz bei Post und Telegraph einsetzen soll.

Für vier Millionen Mark falsche Wechsel.

Haftbefehl gegen Bruno Scherl.

Berlin, 30. November. (Eigenbericht.) Auf Antrag der Staatsanwaltschaft ist heute nachmittags gegen den ältesten Sohn August Scherls, des Begründers des bekannten deutschnationalen Verlages, den Kaufmann Bruno Scherl, wegen Wechselbetruges in der Höhe von vier Millionen Mark ein Haftbefehl erlassen worden. Unter den Geschädigten ist nur ein Reichsdeutscher, ein Stuttgarter Holzindustrieller, der einen Wechsel über 100.000 Mark angenommen hatte. Die übrigen Wechsel sind ins Ausland gegangen, namentlich nach Preßburg und Wien. Der Scherlverlag ist vor einiger Zeit in den Besitz des Hugenbergkonzerns übergegangen.

Bekanntgabe der Wahlresultate

Den Organisationen wurden seitens des Parteisekretariates Formulare für die Bekanntgabe der Resultate übersendet. Die Genossen werden gebeten, die Weisungen genau zu befolgen und uns so in die Lage zu versetzen, alle Wahlresultate schon am Sonntag abends festzuhalten und zu verarbeiten. Die Bezirksorganisationen haben dafür Sorge zu tragen, daß sie die Wahlresultate aus allen Orten ihres Wirkungsbereiches noch in den Abendstunden erhalten und sie haben dann diese Resultate sowohl der Kreisorganisation zu übermitteln, als auch dem Parteisekretariate telephonisch unter Benützung der Nummern: Prag 31469, 26795 bekanntzugeben. Auskünfte über Wahlresultate werden seitens des Parteisekretariats unter der Nummer 32308 erteilt. Im Sekretariate wird am Wahltage ununterbrochen Dienst gehalten. Wahlresultate werden bis 1 Uhr früh entgegengenommen.

Tagesneuigkeiten.

Klerikale Seelenkäufer.

Vor dem Landesgericht in Graz wurde dieser Tage eine Klage des Arbeiter-Feuerbestattungsvereines „Flamme" verhandelt, dessen Verlauf die Bestrebungen der katholischen Geistlichen beleuchtet, Angehörige der katholischen Kirche, die sich verbrennen lassen wollen, knapp vor ihrem Ableben durch Drohung mit Verdammnis, Hölle und Teufel zum Widerruf umzustimmen.

Die Austrägerin Marie Maierhofer war seit vier Jahren Mitglied der „Flamme" und zahlte pünktlich ihren Mitgliedsbeitrag. Im August erkrankte sie. Sie befand sich noch nicht 24 Stunden im Elternhause, als der Ortspfarrer mit seinen Bemühungen einsetzte, die Frau von ihrem letzten Willen, verbrannt zu werden, abzubringen. Der Pfarrer nahm der Frau, die als religiös galt, die Beichte ab, hielt ihr aber vor, daß ihr die Tröstungen der heiligen Religion und die kirchlichen Feierlichkeiten beim Begräbnisse versagt werden müßten, wenn sie auf ihrem Willen beharren würde. In gruseligsten Farben malte der Geistliche seinem Opfer die Folgen ihres Tuns vor. Einige Tage später starb die Maierhofer und wurde gegen ihren letzten Willen beerdigt. Der Arbeiter-Feuerbestattungsverein, empört über die Verletzung des letzten Willens eines Toten, reichte auf Grund der Statuten Klage auf Ausgrabung der Leiche ein, um sie dem Einäscherungstode zuzuführen.

Die Aussage des als Zeuge vernommenen Pfarrers bewies, mit welch unsauberen Mitteln geistliche Herren in ihren Revieren den Kampf führen. Er erklärte, die Maierhofer hätte ihm gegenüber vor der Beichte ihren letzten Willen widerrufen, nachdem er sie darauf „aufmerksam gemacht" hätte, welche Folgen für sie entstehen würden, wenn sie sich als Katholikin verbrennen lasse. Der Vertreter der „Flamme" legte dar, daß es nicht in der Macht eines Geistlichen und der Angehörigen liegen dürfe, den letzten Willen eines Sterbenden umzustoßen. Es sei einwandfrei festgestellt worden, daß die Maierhofer am Tage vor ihrer Fahrt ins Elternhaus einer Frau ihr Mitgliedsbuch mit dem Ersuchen übergeben habe, im Falle ihres Todes für den Verbrennungstod zu sorgen. Gegen diese Behauptung konnte der Verteidiger des Pfarrers nichts Stichhaltiges einwenden. Das Urteil soll schriftlich ergehen.

30 van Gogh-Bilder gefälscht.

Erst vor wenigen Tagen sind in Italien zahlreiche raffiniert durchgeführte Fälschungen „alter" italienischer Kunstwerke durch den italienischen Bildhauer Alceo Dossena aufgedeckt worden. Jetzt wird eine neue riesenhafte Fälschergeschichte bekannt: 30 Gemälde des holländischen Malers Vincent van Gogh, die sich größtenteils in deutschem Privatbesitz befinden, sollen nicht echt sein. Wer der Fälscher ist und wer die gefälschten Bilder zuerst auf den Markt gebracht hat, ist noch nicht ermittelt worden.

Gerüchte, daß mit einigen van Gogh-Bildern irgend etwas nicht in Ordnung sei, waren schon früher aufgetaucht. So war vor allem der holländische Kunsthistoriker de la Faille bereits vor drei Jahren einigen Fälschungen auf die Spur gekommen. Der Gelehrte hat inzwischen einen Nachtrag zu einem von ihm herausgegebenen van Gogh-Katalog erscheinen lassen, in dem er erklärt, daß er irregeführt und fälschlicherweise unechte Bilder als Werke des holländischen Meisters aufgenommen habe. Die Bilder sind zum Teil von der Berliner Kunsthandlung Otto Wacker an namhafte Berliner Kunsthandlungen weiterverkauft worden. Die Preise schwankten zwischen 50.000 bis 70.000 Mark für ein Bild. Die Firma bezeichnet die von de la Faille aufgestellten Behauptungen, daß es sich um Fälschungen handle, zumindest als voreilig und erklärt, daß sie seinerzeit gerade auf eine Auskunft dieses Sachverständigen hin die Bilder für echt erworben und in den Handel gebracht habe. Die Affäre dürfte noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Gegensätze.

Am Eingang zu den Spielsälen von Monte Carlo ist ein Opferstock angebracht. Als Ergebnis eines ganzen Jahres der Sammlung fanden sich dort vor: 1 Franken, 2 Knöpfe und eine Puderquaste.

Die Sowjetbehörden sind aufs äußerste beunruhigt über die Zunahme der Religiosität unter der Landbevölkerung. Die Kirchen sind an den Festtagen überfüllt, die kirchlichen Kollekten ergeben solche Beträge, daß zahlreiche Kirchen im letzten Jahre neu gebaut worden sind. Die Geistlichen erhalten zahlreiche Geschenke von den Bauern.

Schiff in Seenot.

London, 30. November. Der 9500-Tonnen große kanadische Dampfer „Chief Mazuilla" mit einer Besatzung von 40 Mann befindet sich an der Küste von Britisch-Kolumbien in Seenot.

Der Todeskampf mit dem Orkan.

Der vor einigen Tagen vor den Dünen des Amsterdamer Badeortes Zandvoort erfolgte Untergang des italienischen Dampfers „Salento", wobei 25 italienische Seeleute und ein Zandvoorter 55 Jahre alter Schiffer umkamen, stellt eine Schiffskatastrophe von außergewöhnlicher Tragik dar. Der Dampfer war mit Eisenerz von Bari nach Rotterdam unterwegs, wurde aber schon am 25. November in der Nähe von Hek von Holland durch den Sturm so furchterlich zugerichtet, daß die haushohen Wellen mit ihm ein grausames Spiel treiben konnten. Um 9 Uhr morgens traf ein Rettungsboot von Ymuiden ein. Ein erster Versuch der wagemutigen Mannschaft, das schon wracke Schiff zu erreichen schlug fehl. Bei einem zweiten Versuch wurde das Rettungsboot, das sich schon früher fast bis in die Nähe des „Salento" herangearbeitet hatte, von dem inzwischen noch stärker gewordenen Sturm umgeworfen. Die an den Strand geeilten Schiffer wurden von Entsetzen gepackt. Es gelang aber der Bemannung, wieder in das Boot hineinzuklettern; nur einer von den zwölf Mann, der 55jährige Piet de Visser, mußte bewußtlos an den Strand gebracht werden, wo er kurze Zeit darauf verstarb. Die „Salento" war inzwischen weiter und weiter abgesunken, und auf den Lippen der Vielen, die in den Nachmittagsstunden aus Haarlem und Amsterdam herbeigeeilt waren, schwebte die bange Frage, ob die 25 Männer an Deck des Unglücksschiffes noch am Leben seien. Mehrere Militärflieger unternahmen das Wagnis, zu dem Wrack zu fliegen und Windsäcke und lange Stricke mitzunehmen. Auch dieser Rettungsversuch erwies sich als vergeblich. Inzwischen brach die frühe Novembernacht herein. Hagelschlossen sausten herniederund nur, wenn der Sturm die Wolken gelegentlich auseinanderpeitschte und der Mond sich in der bewegten See spiegelte, sah man die Umrisse des Wracks, auf dem 25 Männer oben auf der Kommandobrücke, wo sie sich wahrscheinlich festgebunden hatten, den entsetzlichen Tod vor Augen hatten. Sturzsee über Sturzsee ging über sie hinweg. Wenn noch Leben in ihnen war, dann mußte es, knapp 200 Meter vor der Küste, die Lichter von Zandvoort und die auf sie gerichteten Scheinwerfer sehen. Die kühnen Retter unternahmen gegen Mitternacht noch einmal einen Versuch, an das Schiff heranzukommen. Vergeblich. Am nächsten Morgen ragten nur noch die Masten des Unglücksschiffes aus dem Wasser hervor. Die Mannschaft war, nach tagelangen Martern und die nahe Küste vor Augen, elend in den Wellen umgekommen.

Sturm und Kälte in Italien.

Rom, 30. November. Das stürmische Wetter und die Kälte in Italien dauern an. Wie aus Palermo gemeldet wird, kehrte gestern infolge des hohen Seeganges der Postdampfer Palermo—Neapel bei Utica um und fuhr mit einigen Beschädigungen an den Kabinen erster Klasse nach Palermo zurück. Der Gegendampfer aus Neapel ist mit einer mehrstündigen Verspätung in Palerma eingetroffen.

In Toscana sind alle Berge verschneit. An den Küsten wurden mehrere Fischerboote losgerissen und an den Strand getrieben. Bei Livorno wurden Trümmer eines Schiffes angeschwemmt, nach dessen Identität Nachforschungen eingeleitet wurden. Zum ersten Male im heurigen Jahre trägt der Gipfel des Vesuvs eine Schneedecke.

Das mag schon stimmen ... In der „N. Fr. Presse" erschien Freitag ein Artikel ihres Prager Berichterstatters über die „Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft". Dort heißt es bezeichnenderweise: an der Spitze der neuen Partei stehe

„— der nordböhmische Rechtsanwalt und Fabrikant Dr. Rosche, der gerade die wirtschaftlich starken Elemente seiner Partei für sich zu gewinnen wußte — —"

Das glaubt man aufs Wort, wenn man sieht, wie die Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Gelde herumwirft. Es heißt dann weiter:

„Daß sich Rosche mit politisch und wirtschaftlich so hochstehenden und erprobten Politikern wie den Deutschdemokraten Kaff a und Rosta verbündet — —"

Das ist wenigstens ehrlich. Denn daß die Deutschdemokraten „wirtschaftlich hochstehende" Politiker, vor allem nämlich wirtschaftlich sehr kräftige Leute sind, wird niemand bezweifeln. Eine Frage ist nur, ob wirtschaftlich weniger hochstehende Leute, wie die Bauern und Angestellten, ihr Vertrauen den wirtschaftlich so hochstehenden schenken sollen!

Mord im Gerichtssaal.

Der Mörder Cena Begs im Prager Schwurgerichtssaal erschossen.— Blutrache oder politischer Mord? — Panik im Saal.

Prag, 30. November. Bei der heutigen Schwurgerichtsverhandlung gegen den abs Elbasan in Albanien stammenden Algiviad Bebi, welcher am 14. Oktober 1927 den neuernannten Gesandten der damaligen Republik Albanien Cena Beg, einen Schwager des gegenwärtigen Königs von Albanien Achmed Zogu, meuchlerisch ermordet hatte, kam es zu einer blutigen Schreckensszene. Als der Präsident des Gerichtshofes eine viertelstündige Unterbrechung ankündigte und die Richter sowie die Geschworenen sich von ihren Sitzen erhoben, schritt aus den Reihen der Zuhörer rasch ein bisher unbekannter etwa 35jähriger Mann heran und

begann plötzlich gegen den Angeklagten Bebi Schüsse abzugeben. Im ganzen feuerte er etwa sieben Schüsse aus einem langen Revolver ab. Durch einige derselben traf er den Angeklagten direkt in den Kopf. Derselbe stürzte sofort tot zu Boden.

Der Attentäter traf mit einem Schusse auch — bisher ist noch nicht sichergestellt, ob absichtlich oder zufällig — den italienischen Journalisten Adriano del Vecchio, Redakteur des Blattes „Il Piccolo" aus Triest, welcher sich gerade mit dem Gerichtsdolmetsch unterhielt. Del Vecchio wurde schwer verletzt. Ein Schuß drang einige Zentimeter unter das rechte Schlüsselbein und traf offenbar den rechten Lungenlappen. Der Schwerverletzte wurde sofort von einem Arzte untersucht. Die Geschworenen flüchteten vor Schreck aus dem Saal. Einer von ihnen, der Fabrikant Franz Kopřiva, fiel vor Schreck zu Boden und verrenkte sich die linken Hand. Außerdem fielen einige Frauen vor Schreck in Ohnmacht. Im Schwurgerichtssaal entstand nach dem Attentat eine unbeschreibliche Panik. Das Publikum flüchtete rasch aus dem Saal, der sofort geräumt wurde. Im Saale verblieben nur der tote Bebi, der in einer Blutlache mit zertrümmertem Schädel auf dem Boden lag, der schwerverletzte italienische Journalist, den Aerzte behandelten, die Richter und einige Journalisten. Der Attentäter wurde sofort nach seiner Tat nach geringem Widerstand verhaftet und ihm die Waffe abgenommen. Bei dem ersten Verhör weigerte sich der Attentäter, seinen Namen zu nennen.

*

Ueber den Verlauf des Prozesses gegen Algiviad Bebi, welcher blutig endete, wird folgendes gemeldet: Die Anklageschrift beschuldigt den Attentäter, den Gesandten Cena Beg in heimtückischer Weise durch zwei Revolverschüsse, die hinterrücks abgefeuert wurden, erschossen zu haben und unberechtigt Waffen getragen zu haben. Der Angeklagte führte zu seiner Verteidigung in der Untersuchung an, daß er seine Tat aus politischen Beweggründen begangen habe, denn er sei ein Gegner des gegenwärtigen Königs von Albanien Achmed Zogu sowie seines Verwandten, des Gesandten Cena Beg, welche beide er als Verräter seines Vaterlandes bezeichnete. Er hab seine Tat ursprünglich in Jugoslawien, wo Cena Beg Gelandter war, begehen wollen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich schuldig fühle, gibt er zu, die Tat begangen zu haben, erklärt aber, sich nicht schuldig zu fühlen. Hiebei fügte er hinzu, daß er Achmed Zozu anklagen wolle. Gegenüber seinen ursprünglichen Angaben, daß er seine Tat in Prag allein verübte und ohne von jemandem dazu angestiftet worden zu sein, sagt er heute aus, daß er als er das dritte Jahr in Rom war, von dem Ausschuß einer politischen Partei den Auftrag erhielt, Rom zu verlassen. Er will nicht genau angeben, was für ein Verein es war, noch überhaupt, wo der Sitz desselben war. Nach einigen Ausflüchten gesteht er weiter, den Auftrag erhalten zu haben, mit Interesse die politischen Begebenheiten zu verfolgen, um schließlich seine Tat vollführen zu können. Der Vorsitzende wirft dem Angeklagten vor, warum er von diesem Ausschuß nicht schon bei seinem Verhör Erwähnung tat. Bebi behauptet, daß er die Existenz dieses Ausschusses nicht verraten wollte. In Belgrad wurde er von den Mitgliedern des erwähnten Ausschusses durchs Los bestimmt, Cena Beg zu ermorden. Er erhielt dort auch den Revolver. Auf eine neue Frage des Vorsitzenden, warum er Cena tötete, antwortet er, daß, wenn er ihn nicht erschossen hätte, er von den Mitgliedern des Ausschusses selbst erschossen worden wäre.

*

Prag, 30. November. Sogleich nach der Räumung des Schwurgerichtssaales fand sich am Attentatsort eine Gerichtskommission ein, die an Ort und Stelle die ersten Erhebungen pflog und die Sezierung des ermordeten Bebi anordnete. In den Attentäter wurde auf Grund seiner Personalausweise der im Jahre 1901 im Dorfe Kossowo bei Tirana geborene Ziga Bučiterna sichergestellt. Der Attentäter ist ein Diener des Kapitäns der albanischen Armee Gana Beg, des Bruders des ermordeten Gesandten Cena Beg. Beim Vorverhör weigerte sich der Attentäter seinen Namen anzugeben oder nähere Angaben zu machen. Es war überhaupt kein Wort aus ihm herauszubringen. Er wurde sodann auf die Polizeidirektion zum Verhör geschafft.

Das „Rudé Právo" ist nach seiner behördlichen Einstellung auf einen Monat gestern wieder zum erstenmal erschienen. Man sollte glauben, daß sich das Blatt in seiner ersten Nummer mit aller Vehemenz gegen den Bürgerblock wendet, der dafür verantwortlich ist, das kommunistische Organ auf einen Monat eingestellt und damit einen schweren Schlag gegen die Preßfreiheit verübt zu haben. Wer das glaubt, kennt die Kommunisten nicht. Sie verwenden die erste Nummer ihrer Zeitung dazu, auf die — Sozialdemokraten zu schimpfen, die sich gleichfalls im schwersten Kampfe um die Preßfreiheit befinden. Vielleicht wollen die Herren Kommunisten sich durch ihre Angriffe auf die Sozialdemokratie bei den bürgerlichen Parteien Liebkind machen.

Der Lohnstreit im Prager Bäckergewerbe beigelegt. Am 28. v. M. wurden die Verhandlungen der Kommission, die aus den Vertretern der Genossenschaft der Bäckermeister und der Bäckereiarbeiterschaft zusammengesetzt wurde, über die Lohnforderungen der Angestellten des Bäckereigewerbes in Groß-Prag, die von der Gehilfenorganisation eingebracht worden waren, fortgesetzt. Die Vertreter der Arbeitgeber lehnten die Lohnregelung durch Einteilung in Lohnklassen ab, aber boten eine Teuerungsaushilfe in der Höhe eines Wochenlohns, zahlbar noch vor Weihnachten, an. Die Arbeitervertreter behielten sich vor, diesen Vorschlag der Vertrauensmännersitzung der Prager Bäckereien zur Entscheidung vorzulegen. Die Sitzung findet am Mittwoch, den 5. Dezember, statt und nach Informationen der „PTTA." wird das Angebot der Arbeitgeber angenommen und damit der Lohnstreit beigelegt werden. („PTTA.")

Geheime Gerichtsverhandlung gegen Architekten Loos. Gestern vormittags begann vor einem Schöffensenat der Prozeß gegen den Architekten Loos. Die Anklage lautet auf Schändung und Verführung zur Unzucht. Der Prozeß wird unter Ausschluß der Oeffentlichkeit durchgeführt.

Bolschewistische Kulturpolitik. Die russische Regierung bereitet eine erhebliche Steigerung der Schnapsproduktion vor. Nach den Plänen der leitenden Wirtschaftsbehörden sollen die letztjährigen Fabrikationsziffern von 38 Millionen Eimern jährlich um 10 Millionen Eimer steigen, bis sie im Jahre 1930—31 die enorme Ziffer von 68 Millionen Eimern Jahresproduktion erreicht haben. Während jetzt auf den Kopf der Bevölkerung 5,1 Flaschen Wodka kommen, würde diese Ziffer, falls die Pläne der Wirtschaftsbehörden zur Ausführung kommen, bis zum Jahre 1931 ansteigen auf 9,1 Flaschen Schnaps pro Kopf. Pravda erinnert daran, daß Stalin kürzlich die allmähliche Abschaffung der Wodkafabrikation in Aussicht gestellt habe. Jetzt soll sie nahezu verdoppelt werden. Das ist bolschewistische Kulturpolitik.

Milch von einer tollwütigen Kuh. Dieser Tage wurden dreißig Personen aus Groß-Kriny in der Ost-Slowakei in das Pasteur-Institut nach Kaschau geschafft, wo sie sich zur Heilung befinden. Dem Tierarzt Dr. Lukmann wurde vor einiger Zeit mitgeteilt, daß auf dem Großgrundbesitz M. Klein eine Kuh erkrankt sei. Der Tierarzt stellte fest, daß es sich um eine gefährliche Krankheit handle, weshalb er, als die Kuh einging, sofort einen Teil ihrer Eingeweide zur Prüfung nach Prag sandte. Dort wurde festgestellt, daß die Kuh an — Tollwut gestorben war. Von dem Fall wurde sofort das Bezirksamt benachrichtigt, das anordnete, daß alle Personen, die Milch von der kranken Kuh genossen hatten, ins Pasteur-Institut nach Kaschau zu schicken seien. Es handelt sich, wie bereits erwähnt, um dreißig Personen.

Vom elektrischen Strom getötet. In der Mödritzer Zuckerfabrik kam der 25jährige Heizer Karl Marlavec aus Rimau im Heizhaus mit einer hochgespannten Stromleitung in Berührung. Er wurde auf der Stelle getötet. Wiederbelebungsversuche, die von den herbeigerufenen Mitgliedern der Freiw. Rettungsgesellschaft angestellt wurden, waren vergeblich.

Angenehme Nachbarschaft. Seit einigen Tagen ist in Tyrnau das Gerücht verbreitet, daß in einem Walde in der Nähe der Ortschaft Radofina eine große Bande von Verbrechern lagere, welche der Haft eines österreichischen Kerkers entsprungen sind. Die Bauern der Umgebung erzählen, die Verbrecher hätten sich im Walde Hütten aufgebaut. Tatsächlich gehen den Bauern täglich mehrere Stücke Vieh verloren. Die Verbrecher töten das Vieh auf den Wiesen und schleppen es zu ihren Verstecken. Die Blutspuren verschwinden im Walde. Einige Bauern erzählten den Gendarmen, sie hätten am Waldrande Männer in Sträflingskleidern gesehen. Ueber fünfzig Mann Gendarmerie unternahmen eine Streifung durch den Wald, konnten aber kein positives Resultat melden. Die Bewohner von Rodesina leben in ständiger Angst, daß die Sträflinge im Winter ihren Wohnor; im Walde verlassen und die Ortschaften ausplündern könnten. Die Gendarmerie hat neuerliche sehr umfangreiche Fahndungen eingeleitet.

Eine Reichskonferenz für deutsche Jugendfürsorge, veranstaltet vom Reichsverband für deutsche Jugendfürsorge in der tschechoslow. Republik, findet am Sonntag, den 9. Dezember 1928, um halb 10 Uhr vormittags in Prag, Graben 26, Deutsches Haus, Spiegelsaal, statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Zwanzigjährige Jugendfürsorgearbeit. (Hugo Klose, Sekretär der Deutschen Landesstelle für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Schlesien in Troppau.) — 2. Kinder in Not. (MUDr. Theodor Gruschka, Stadtphysikus in Aussig.) — 3. Fürsorge in Not. (Phil. Dr. Hugo Heller, Leiter der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen in Reichenberg.) 4. Unsere Aufgaben. — Margarete Roller, Dr. rer. pol. h. c., Geschäftsleiterin der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Mähren in Brünn.) — Für die Aussprache sind zum Worte gemeldet: zu 1. Dr. Max Lederer, Landesgerichtsrat i. R. in Teplitz und Dr. Friedrich Stolberg, Senator, Troppau; zu 2. Abgeordnete Fanni Blatny in Karlsbad und Oberlandesgerichtsrat Dr. Theodor Schuster in Neu-Titschein; zu 3. Fachlehrer Heinrich Herget, Bezirksobmann in Teplitz und Karl Hirth, Oberlandesrat in Troppau; zu 4. Franz Kögler, Bezirksobmann in Tetschen und Fachlehrer Eduard Rohn, Obmann des Deutschen Lehrerbundes.

Neue Elbe-Frachtschiffe. Am 23. d. M. ist im Hafen von Holleschewitz das erste von den vier vom Ministerium für öffentliche Arbeiten für die Elbeschiffahrt erbauten Motorfrachtschiffen vom Stapel gelassen worden. Der Schiffskörper mit allen nautischen und Umschlagseinrichtungen wurde in der Schiffswerft der Skodawerke in Komarno (an der Donau) gebaut, nach Prag überführt und dortselbst montiert. Die Hauptmaschinen sind Dieselmotore der neuesten Konstruktion. Beim Entwerfen dieser Schiffe wurde auf die Wirtschaftlichkeit und Betriebsleitung besonders Rücksicht genommen. Diese Schiffe sind für die direkte Verbindung zwischen Prag und Hamburg bestimmt und werden der Tschil. Elbeschiffahrtsgesellschaft in Betrieb übergeben.

Wer beerbt den „Landru"? Der Landru von Marseille, Pierre Rey, ist des Hungertodes gestorben. Er hat der irdischen Gerechtigkeit einen Strich durch die Rechnung gemacht: der Verdacht, daß er den Tod wenigstens dreier seiner Bräute herbeigeführt hat, bleibt bestehen; die Schuld an ihrem Tode konnte ihm jedoch nicht nachgewiesen werden: sein Tod führte zur Einstellung des Verfahrens. So entstand die schwierige juristische Streitfrage: haben seine Verwandten ein Anrecht auf sein Vermögen oder nicht? Wertobjekte in Höhe von 140 000 Franken sind nicht zu verachten. Wie aber, wenn sie von ihm durch Verbrechen an seinen „Bräuten" angeeignet worden waren? Trotzdem beerben ihn laut Gesetz seine Kinder. Die Erben seiner Opfer beabsichtigen jedoch, auf gerichtlichem Wege diesen die Rechte strittig zu machen.

Modernisierung mit Flugbomben. Wie man weiß, ist der König von Afghanistan, angefüllt mit modernen Ideen, von seiner Europareise nach Kabul zurückgekehrt. Er begann damit, das Parlament zu modernisieren, indem er seinen Mitgliedern die Bärte abschneiden ließ. Aber in der weiteren Verfolgung der Modernisierung seines Landes ist er auf den Widerstand verschiedener Stämme gestoßen. König Amanullah läßt sich dadurch nicht in seinen Modernisierungsbestrebungen aufhalten, und er verwendet zu ihrer Durchführung nunmehr die allermodernsten Mittel. Er ließ, wie gemeldet wird, die Dörfer des modernisierungsfeindlichen Sanguchelstammes mit Flugbomben belegen. Die rückständigsten Afghanen werden nun wohl die Ueberlegenheit der modernen Methoden anerkennen müssen.

Vom Rundfunk.

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Sonntag.

Prag: 11.00—13.00 (Sendung nach Brünn und Preßburg) Matinee, 12.00 Mittagskonzert, 18.00 Deutsche Sendung: Wetterbericht und Tagesneuigkeiten, hierauf Prof. Dr. Hermann Ehm, Prag: „Hugo Wolf, italienisches Liederbuch", 19.00—21.00 (Sendung nach Brünn und Preßburg) Blasmusik, 20.00 Unterhaltungsständchen, 21.00 Schallplattenmusik. — **Brünn:** 16.30—17.30 (Sendung nach Prag und Preßburg) Nachmittagskonzert, 18.00 Deutsche Sendung: Rosi Gruber, Opernsängerin: Duette, 21.00—21.30 (Sendung nach Preßburg) Kammermusik. — **Daventry:** 16.30 Orchesterkonzert, 18.00—18.30 Klavierkonzert, 22.00 Kammermusik. — **London:** 18.45—19.15 Bach: Kantate, 22.05 Orchesterkonzert. — **Paris:** 21.15 Konzert. — **Leipzig:** 17.30 Leo Tolstojs „Und das Licht scheint in der Finsternis", 18.00 bis 18.30 „Im fliegenden Koffer durch die Alpen", 19.30 „Samson und Delila", Oper von Saint-Saens. — **Breslau:** 19.25 „Albanien, das jüngste Königreich", 20.15 „Im weißen Rößl", Lustspiel. — **München:** 11.15 „Der vergessene Wachtposten", Singspiel von Franz Schubert, 15.20 Aus italienischen Opern, 18.05 „Die Walküre" von Richard Wagner. — **Langenberg:** 18.40 „Kind — Theater — Märchen", 19.25 bis 19.45 „Jauser der Südsee", 20.00 „Der Vetter aus Dingsda". — **Königsberg:** 19.30 Orchesterkonzert. — **Frankfurt:** 20.15 bis 21.15 Musik der Jahrhundertwende. — **Wien:** 10.20 Chorvorträge der Wiener Sängerknaben, 11.00 Konzert des Symphonieorchesters, 16.00 Nachmittagskonzert 17.45 Rund um den Balkanfee, 18.30 Klaviervortrag — **Rom:** 21.02 Opern- und Operettenmusik — **Mailand:** 16.00—17.15 Quintett, 20.30 „La gazza" Oper von Michetti — **Neapel:** 18.00 Konzert, 21.02 Opern- und Operettenmusik — **Stockholm:** 13.30 Symphoniekonzert, 20.15 Konzert. — **Hilversum:** 15.10 bis 16.40 Symphonisches Konzert, 22.10 „Der Schauspieldirektor", Oper von Mozart — **Agram:** 11.00 Symphonisches Konzert, 20.00 Uebertragung einer Oper — **Warschau:** 15.15 bis 17.20 Konzert der Warschauer Philharmonie, 18.00 bis 19.00 Populäres Konzert, 20.30 Abendkonzert.

Devisenkurse.

Prager Kurse am 30. November.

	Geld	Ware
100 holländische Gulden	1858.—	1869.—
100 Reichsmark	802.54	806.54
100 Belgas	467.80	470.81
100 Schweizer Franks	648.76	651.76
1 Pfund Sterling	163.27	164.27
100 Lire	176.20½	177.20½
1 Dollar	33.65	33.85
100 französische Franks	131.37½	132.57½
100 Dinar	59.05½	59.55½
100 Pengös	587.00	590.00
100 polnische Zloty	376.92½	379.92½
100 Schilling	473.00	476.00

Der Geschlechtslose.

Von Kurt Tucholski.

*) Wir entnehmen dem amüsanten Buch „Mit 5 PS." des bekannten Satirikers folgendes aktuelle, auf die „Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft" doch ausgezeichnet passende Gedicht.

Ich habe keine Zeugungslieder.*)
Ich bin kein Mann — das steht mal fest.
Mir ist der Umsturz sehr zuwider —
Ich hasse Lenin wie die Pest.

Was auch geschieht, ich respektiere
Die Uniform voll Bürgersinn.
Und treten mich die Untroffiziere,
so schmerzt mich nur, daß ich es bin.

Mich zieren keine runden Brüste.
Ich bin kein Weib — das ist mal klar.
Wer mich im Kompromiß auch küßte:
noch nie geschahs, daß ich gebar.

An alle hab ich mich verloren,
ich gab mich allen einmal hin.
Wie kommts, daß die zum Sieg erkoren,
und daß ich stets der Dumme bin?

Was ist es nur —?
Ich seh mein Leibchen
Im Spiegel an und in der Tat:
Ich bin kein Männchen und kein Weibchen
ich bin ein deutscher Demokrat.

Der Selbstherrscher als Diplomat

Eduard VII. über einen Brief Wilhelms II.

In Deutschland gilt Eduard VII. als der Staatsmann der Entente, der am zielbewußtesten auf den Vernichtungskrieg gegen Deutschland hinarbeitete, der am zähesten das Werk der Einkreisung förderte. In England dagegen betrachtete man ihn als großen „Friedensmacher" (Peacemaker). In kürze erscheint im Verlag Paul Aretz, Dresden, das Standardwerk von Sir Sidney Lee über Eduard VII. — Uebertragen von Gertrude Aretz und Else Brasnin Werkmann. — (2 Bände etwa je 600 Seiten auf Alfapapier mit 16 Lichtdrucktafeln. Jeder Band Leinen Mk. 25.—, Halbfranz Mk. 35.—, Ganzleder Mk. 45.—).

Wir sind in der Lage, bereits jetzt einen Abschnitt aus dem politisch und wissenschaftlich interessanten und bedeutungsvollen Werk zu bringen.

Der Kaiser hatte in einer Unterredung mit Sir Frank Lascelles seiner Entrüstung Ausdruck verliehen, daß England in China nicht mit Deutschland zusammenarbeite, und die Minister des Königs „Erzschafsköpfe" genannt. Eduard VII. nahm natürlich diese geringschätzige Beurteilung seiner eigenen Ratgeber sehr übel und ließ sich am 14. April 1901 den deutschen Botschaftssekretär Baron Eckardstein kommen, dessen Bericht über die Unterredung nachstehend wiedergegeben sei:

Als ich in sein Arbeitszimmer trat, saß er an seinem Schreibtisch und vor ihm lagen zwei Dokumente. Das eine war ein Brief des Kaisers, das andere ein langer Bericht des englischen Botschafters in Berlin.

In halb scherzhaftem, halb ernsthaftem Tone empfing mich der König mit den Worten: „Na, was haben Sie denn da eigentlich angerichtet?" Darauf las er zunächst einige Stellen aus dem Bericht des Botschafters vor und dann einen großen Teil des Briefes vom Kaiser. Bei einem Passus des Briefes, welcher Deutschland und Rußland betraf, warf er die Bemerkung ein: Qui s'excuse, s'accuse. Bei Freundschaftsversicherungen des Kaisers für England bemerkte er sarkastisch: I hope that is so. Als er schließlich zu der Stelle des Briefes gelangte, an der der Kaiser die englischen Minister unmitigated noodles nannte, das heißt auf deutsch etwa „Erzschafsköpfe", legte er den Brief wieder auf den Schreibtisch und fragte mich: „Wäre es nicht am besten, wenn Eure Majestät die ganze Affäre als einen Witz betrachteten?" Da lachte der König laut auf und sagte: „Ja, Sie haben recht, ich werde die Sache als einen Witz betrachten, aber leider habe ich von seiten des Kaisers schon sehr viele und sicherlich noch schlimmere Witze erlebt und viele andere werden wohl noch folgen." Dann fuhr der König fort: „Was würde der Kaiser wohl dazu sagen, wenn ich mir erlaubte, seine Minister mit ähnlichen freundlichen Ausdrücken zu titulieren? Wie Sie seit Jahren wissen, habe ich stets die größten Sympathien für Deutschland gehabt. und tatsächlich bin ich auch heute noch der Ansicht, daß England und Deutschland die natürlichsten Bundesgenossen wären. Zusammen könnten sie die Weltpolizei ausüben und den allgemeinen Weltfrieden dauernd erhalten. Gewiß braucht Deutschland Kolonien und wirtschaftliche Ausdehnung. Beides könnte es ja auch zur Genüge haben, denn für England und Deutschland ist genug Platz in der Welt. Die fortwährenden „Bocksprünge" des Kaisers können wir aber nicht mitmachen. Außerdem besteht auch, wie Sie selbst wissen, bei einigen meiner Minister das größte Mißtrauen gegen den Kaiser und Bülow, vor allem bei Lord Salisburn. Ich selbst war stets bemüht, dieses Mißtrauen zu zerstreuen, schließlich hat aber alles sein Ende. Aber auch die Beschimpfungen und Drohungen, mit denen uns der deutsche Flottenverein und seine Organe fortgesetzt bedenken, tragen nicht gerade dazu bei, unser Mißtrauen zu beseitigen."

Der König befand sich während dieser Unterredung in einer so gereizten Stimmung, wie ich ihn selten gesehen habe . . .

Die Leiter der Prager Großbanken
Feischenfeld, Ziegler, Hecht, Stutz, Dr. Morawetz, Neumann u. a.
haben die so notwendige Besserstellung ihrer Angestellten verhindert.
Bankbeamte: Habt Ihr auch nur ein Wort der Kritik an diesen Herren und ihren Methoden, auch nur den leisesten Einspruch gegen dieses System von der
Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft
(Rosche — Kafka — Partei)
vernommen?

Die deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft

hat gestern an die Prager Wähler ein Flugblatt gerichtet, das schon allein dadurch charakterisiert ist, daß drei Viertel des Inhaltes gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist. In demselben Augenblick, da der Herr Dr. Rosche im „Prager Tagblatt„ sich herbeiläßt, zu erklären, daß eine Zusammenarbeit mit den marxistischen Organisationen erwogen werde — Herr Rosche wird bei dieser Zusammenarbeit allein bleiben — richtet die deutsche Arbeitsgemeinschaft ihren Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie. Man kann daraus ersehen, wie ernst es die Herren Rosche und Kafka mit ihrem Kampf gegen die Regierungsparteien meinen, da sie es als ihre Hauptaufgabe bei den Wahlen betrachten, sich gegen die stärkste Kraft zu wenden, die allein den Bürgerblock niederringen kann, nämlich gegen die Sozialdemokratie.

Wie genau es die Herren mit der Wahrheit nehmen, ersieht man daraus, daß sie uns Sozialdemokraten die Verschleppung der Pensionsversicherung vorwerfen. Wenn jemand seit Jahren auf die Verbesserung der Pensionsversicherung gedrängt hat und ihre rascheste parlamentarische Verwirklichung verlangte, war dies die Sozialdemokratie, welche die gesamte Angestelltenschaft zum Kampfe aufrief. welche Kundgebungen der Angestellten veranstaltete, um die Regierung zu zwingen, den Wünschen der Angestellten entgegenzukommen. Gerade die Hintermänner der Herren Rosche und Kafka waren es, welche sich alle Mühe gegeben haben, die Pensionsversicherungsnovelle zu verschleppen. Als vierter auf der Liste der Arbeitsgemeinschaft steht der Sekretär der Reichenberger Handelskammer, Kostka, der alles andere als Angestellte vertritt und in engster Verbindung mit der Konföderation der Arbeitgeberverbände, welche durch die Junktimierung der Angestelltenverbände mit der Krankenversicherung und durch ihre zahlreichen Verschleppungsanträge die Hauptschuld an der Verschleppung der Pensionsversicherung tragen.

Ein alter Ladenhüter in dem politischen Ramschwarengeschäft, in dem noch Waren aus der Zeit des alten Liberalismus sind, ist die Behauptung, daß die Sozialdemokratie schuld sei an dem seinerzeitigen Ausgang des Bankbeamtenstreiks. Es wird da hingewiesen auf irgendwelche Bemühungen des Herrn Professor Kafka, um das größte Unheil von den Bankbeamten abzuwenden. Der Herr Professor Kafka hat tatsächlich im Jahre 1921 im Bankbeamtenstreik interveniert und zwar ergebnislos. In allen Wahlkämpfen seither erschöpft sich das sozialpolitische Programm des Herrn Professor Kafka in der Erinnerung an diese erfolglose Eingreifen. Dafür baut die deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft in dem an die Bankangestellten gerichteten Teil des Flugblattes die Agitation auf Pauschalverdächtigungen auf und erzählt von „schlauen sozialdemokratischen Führern", die „zur Belohnung für ihren Verrat fette Direktorposten" erhielten. Der Herr Professor Kafka spielt sich stets auf den gebildeten Europäer hinaus und scheut sich hier nicht, Verdächtigungen zu erheben, ohne auch nur einen einzigen Namen zu nennen. Als besonderen Trumpf weiß das Flugblatt zu berichten, daß während des Bankbeamtenstreiks in einer Nachtsitzung die tschechischen Sozialdemokraten den Dringlichkeitsantrag auf Eingreifen der Regierung zu Gunsten der streikenden Bankbeamten zu Falle brachten. In Wirklichkeit hat sich die Sache so verhalten, daß am 14. Juli über die Dringlichkeit von zwei kommunistischen, einer deutsch- und einer tschechisch-sozialdemokratischen Interpellation abgestimmt wurde, die sich auf den Streik der Bankangestellten bezogen. Die Abstimmung fiel so aus, daß am 19. Juli, also noch zu einer Zeit, als der Streik auf dem Höhepunkte war, die Debatte über die Bankangestelltenorganisationen begonnen und ausschließlich von sozialistischen Rednern bestritten wurde.

Schließlich wird an das nationale Empfinden der deutschen Angestellten und Beamten appelliert, indem ihnen vor der deutschen Sozialdemokratie wegen unseres Koppelns mit den tschechischen Genossen bange gemacht wird. Damit befassen wir uns an anderer Stelle.

Volkswirtschaft.

Kündigung des Lohnvertrags in der ostböhmischen Textilindustrie.

Die Gewerkschaften der Textilindustrie, nämlich der Verband der Textilarbeiterschaft in Brünn, der tschechoslow. Verband der Textilarbeiterschaft in Nachod und die Union der Textilarbeiter in Reichenberg haben gestern dem Verein der Arbeitgeber der Textilindustrie mitgeteilt, daß sie zum 31. Dezember d. J. den Lohnteil des Kollektivvertrages für die ostböhmische Textilindustrie kündigen. Der internationale gesamtgewerkschaftliche Verband hat auch den Rahmenvertrag gekündigt. Durch diese Kündigung tritt mit dem 1. Jänner 1929 in der ostböhmischen Textilindustrie ein vertragsloser Zustand ein und die drei genannten Arbeiterorganisationen fordern den Arbeitgeberverband auf, im Laufe des Dezember mit den Vertretern der Arbeiterschaft Verhandlungen über die Lohnforderungen einzuleiten. Die Bewegung umfaßt 121 ostböhmische Textilfabriken mit 52.000 Angestellten. Gleichzeitig wurden neue Lohnforderungen vorgelegt. Die Arbeiterschaft verlangt die Einrechnung der 35prozentigen Teuerungszulage in die Grundlöhne, eine 15prozentige Erhöhung der Grundlöhne für die Akkordarbeiter, eine 20prozentige Erhöhung der Grundlöhne für die im ständigen Tageslohn Arbeitenden und eine 25prozentige Lohnerhöhung für die Arbeiterschaft in den Baumwollstoffdruckereien. Nach Informationen der PTTA. wird über diese Lohnforderungen erst Anfang Jänner verhandelt werden.

Prager Produktenbörse (Offizieller Bericht vom 30. November 1928.) Bei dem gewohnten freitägigen schwachen Besuch bewegte sich das heutige Geschäft in ziemlich engen Grenzen, doch war die Stimmung gut behauptet und vereinzelt sogar etwas fester. Von Mühlengetreide vermochte Weizen die dienstägigen Preise zu behaupten, Roggen waren um 1 K befestigt. Das erhöhte Interesse für Hafer bewirkte gleichfalls eine Preissteigerung um 1 K. Am Mehlmarkte herrschte Ruhe und die Notierungen blieben unverändert. In Mais wurden heute jugoslawische Sorten gehandelt und der gesamte Maismarkt zeichnete sich bei Preisbesserungen bis um 1 K durch eine weitere feste Tendenz aus. Auf den übrigen Gebieten war Ruhe vorherrschend und es erfuhren die Notierungen keine Veränderung. Insoweit es zu Veränderungen kam, notierten: Roggen böhm. 69—72 Kg. 170 bis 174. Hafer böhm. Prag 169—171. «gof»

Bürgermeisterwahl in Krätschenhausen.

Von Willy Wagner-Stürmer.

Wenn mein Freund Wassertopf behauptete, er habe eine Idee, dann war sie entweder nicht zu verwenden, oder sie taugte nichts. Denn mit den guten Ideen, das ist eine ganz eigentümliche Sache. Damals, als Eduard Wassertopf den Drang nach der Gemeindekrippe in sich trug, als er von dem Bürgermeisterposten träumte und sich bereits als Beherrscher von dreihundertzweiundvierzig Seelen, dem Gemeindebullen und einem alten Nachtwächter sah, war er eines Morgens lächelnd zu mir gekommen.

Dieses Lachen kannte ich zur Genüge. „Lieber Kollege", grinste er, „ich habe eine Idee."

„Von wem stammt sie denn?" wagte ich mich ungläubig zu erkundigen.

„Nur kein Neid. — Ich werde mich zum Bürgermeister von Krätschenhausen wählen lassen. Ja, da geht dir die Luft aus."

So etwas konnte mir natürlich nicht vorkommen. Nachdem ich aus einer Kognakflasche einen halben Liter gebrannten Sauerstoff zu mir genommen hatte, erwachte ich aus meiner Sprachlosigkeit.

„Mensch, du bist wohl mit dem Hinterkopf an den Mond gestoßen? Du hast ja keine Ahnung von der Maul- und Klauenseuche und kannst eine Ziege knapp von einem Maggiwürfel unterscheiden!"

„Das bildest du dir ein, junger, törichter Mann", lächelte er von oben herab. „Ich habe bereits auf dieses Ausschreiben im Amtsblatt des Kreises Schwibus meine Bewerbung abgegeben, und hoffe, daß man dort meine Fähigkeiten besser einschätzt wie bei dir."

Das war vor etwa vier Wochen.

Bei seinem nächsten Besuch war er ziemlich erregt.

„Na, wie steht die Sache mit der Bürgermeisterwahl?"

„Aussichtsreich. Ohne Zweifel. Deshalb komme ich ja zu dir. Du mußt mir da ein wenig behilflich sein. Der Gemeinderat von Krätschenhausen hat mich nämlich aufgefordert, in drei Tagen vor einer öffentlichen Volksversammlung meine Ansichten über ein mir freigestelltes Thema darzulegen. Zwei andere Bewerber werden gleichfalls kommen. Ich hatte da als Grundlage noch einen Aufsatz zu Hause: „Die Kartoffel — ein Symbol der Fruchtbarkeit", den ich vor 17 Jahren mal in der Schule geschrieben habe. Er wurde jetzt etwas vervollkommnet. Was meinst du dazu?"

Ich sah, er war seiner Sache doch nicht so ganz sicher. Aus einem Handkoffer packte er ein Manuskript von zweiundneunzig Seiten Umfang, und legte es ehrfürchtig vor mich hin.

„Gar nicht übel", flüsterte ich entkräftet, nachdem ich dieses furchtbare Kartoffelgemüse und Eduard den Inhalt meiner Kognakflasche verdaut hatte, „aber du warst trotzdem mit der Ausarbeitung etwas voreilig und hättest mich vorher um Rat fragen sollen. Da gibt es noch andere, schmackhafte Themen, die das Ansehen unseres Standes auch in diesen Kaff sicher gehoben hätten. Zum Beispiel hättest du einen Vortrag halten können über „Schweinezucht und Kunsthonig", „Wie hinterziehe ich Steuern?" oder zeitgemäß über „Wie tanze ich Jazz?" . . . Auch eine Abhandlung über den Reichstag auf Urlaub oder der Affe in der Spülküche wäre doch gar nicht so schlecht gewesen . . . Jetzt bleibst du allerdings dabei."

„Ja, das dachte ich auch, obwohl mir das Thema von den Schweinen und dem Kunsthonig auch in den Rahmen gepaßt hätte. Ich wollte dich nun bitten, mit mir zu kommen und dich von meinem Erfolge zu überzeugen. Vielleicht kannst du mir so gelegentlich ein Stichwort zurufen. Auch hast du ja ein Paar ziemlich ausgewachsene Flossen, mit denen du Beifall klatschen kannst, so was steckt an."

„Mache ich", versprach ich in meinem edlen Drange leichtsinnig, und war mit dem Bürgermeisteranwärter zur gegebenen Zeit in Krätschenhausen. Vorher ließ ich meine Lebensversicherung verdreifachen.

Krätschenhausen an der Persante ist ein ganz verheerendes Nest mit riesigen Misthaufen, einem Nachtwächter und bekannt durch einen vier Zentner schweren Gemeindeeber, der vor zwei Jahren auf der Viehausstellung mit dem ersten Preis belegt wurde. Den dämlichen Gesichtern nach mußte es dort unheimlich dicke Kartoffeln geben.

Vielleicht hat Eduard das Thema gar nicht so schlecht gewählt, dachte ich, nachdem wir den beiden anderen Bewerbern vorgestellt waren.

Der eine war ein abgebauter Schullehrer, etwas schwach auf der Brust, der zweite ein ehemaliger Steuersekretär mit höheren Ambitionen.

Die Sache nahm ihren Anfang. In dem verräucherten Saal des Gasthauses „Zum fetten Ferkel" war ganz Krätschenhausen anwesend. Selbst die Gutsbesitzer waren vertreten. Soviel sympathische Gesichter auf einmal waren einfach beängstigend. Als vorsichtiger Familienvater setzte ich mich in die Nähe des Ausgangs. Ich wollte doch die Lebensversicherung nicht in Geldschwierigkeiten bringen.

Zuerst sprach der abgebaute Schullehrer über das Thema: „Das Ei des Kolumbus". Was das mit der Bürgermeisterwahl zu tun haben sollte, war und blieb mir unerfindlich. Aber auch den anderen Anwesenden in der erlauchten Versammlung ging es nicht besser.

Nachdem die Intelligenz von Krätschenhausen innerhalb einer halben Stunde festgestellt hatte, daß das Ei dieses Kolumbus keineswegs von einer neu entdeckten Hühnerrasse gelegt wurde, machte sich die Opposition in den Reihen der Gäste langsam, aber sicher bemerkbar.

Sie wisperten eine Melodie, die gar nichts mit Beethovens Neunter Symphonie gemeinsam hatte. Man konnte vielmehr glauben, eine Herde Zebras hätte den Keuchhusten.

Dann warf einer der Rittergutsbesitzer, der Herr von Ofenloch, der bei den Gemeinderäten saß, ein faules Ei auf das Podium und grunzte: „Da haben Sie das Ei von dem Manne, der Afrika entdeckt hat."

Durch dieses Signal ermutigt, setzte ein wahrer Regen fauler Eier ein, der sekundenlang die bengalische Petroleumbeleuchtung verdunkelte. Die Anwesenden schienen sämtlich dem Bund der Kleinkaliberschützen anzugehören, so sicher trafen

Kunst und Wissen.

Ein Maskenball von Verdi: Montag, den 3. ds. im Neuen Theater. Anfang 7 Uhr. In dieser Vorstellung singt hier Herr Drisdner zum ersten Mal die Partie des „Richard". (48—IV.)

Die Entführung, eine Komödie von Armond und Garbidon, wird als Uraufführung des Schauspiels für den 8. Dez. vorbereitet. Regie: Hölzlin.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Samstag (46—2), 7½ Uhr: „Oel in Amerika." Sonntag, 11 Uhr: Kammermusik. 2½ Uhr: Arbeiter-Vorstellung: „Das Schwarzwaldmädel." 7 Uhr: „Die Herzogin von Chicago." Montag (48—4), 7½ Uhr: „Der Maskenball."

Spielplan der Kleinen Bühne. Samstag: „Pipsi." Sonntag, 3 Uhr: „Unter Geschäftsaufsicht." 7½ Uhr: „Bestellte Einfalt." Montag (Bankbeamten): „Ein Glas Wasser."

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch,** Prag,
Graben 25, Kl. Bazar.

Aus der Partei.

Ausweis für den Monat Novemb. 1928

Die erste Zahl bedeutet Parteifonds, die eingeklammerte Wahlfonds:

Bodenbach K 4210.— (1000.—), Budweis K 400.— (100.—), Karlsbad K 12.000.— (3000.—), Landskron K 280.— (70.—), Mies K 800.— (200.—), Prag K 62.— (12.—), Sternberg K 3200.— (800.—), Teplitz-Saaz K 3120.— (780.—), Trautenau K 400.— (100.—), Troppau K 2400.— (600.—).

Der Film.

Wochenprogramm.

Urania (deutsches) **Kino:** „Anna Karenina." (Greta Garbo.)
Lido: „Bund der großen Tat."
Adria: „Brigadier Gérard." (Rod La Rocque.)
Alma: „Der sterbende Schwan." „Der Bettelstudent."
American: „Dick Turpin, der galante Bandit." „Alonzo, der Mann ohne Hände."
Apion: „Mein Freund Harry." (H. Liedtke, Paudler.)
Belvedere: „Der tanzende Tor." (R. Bell, G. Eckman.)
Beseda: „Rose Marie." „Der gelbe Paß."
Carlton: „Die 13. Stunde." (Wolfshund Napoleon.)
Flora: „Die Todesschleife." (W. Kraus, W. Ward.)
Hvězda: „Brigadier Gérard." (Rod La Rocque.)
Julis: „Die Pflicht zu schweigen."
Kapitol: „Wings."
Koruna: „Hände hoch!" „Die drahtlose Warnung."
Louvre: „Die erste Liebe." (Norma Shearer.)
Lucerna: „Die Todesschleife."
Metro: „Die gelbe Stadt."
Olympic: „Ramona" mit Dolores del Rio.
Orient: „Mein Freund Harry." (H. Liedtke, Paudler.)
Passage: „Sensation im Club."
Praha: „Der Frauenarzt." (J. Petrovič, E. Holt.)
Radio: „Die erste Liebe." (Norma Shearer.)
Roxy: „Die Todesschleife." (W. Kraus, W. Ward.)
Světozor: „Die erste Liebe." (Norma Shearer.)

*

Die gesperrt gedruckten Filme können empfohlen werden.

Neue First National-Filme führte in der abgelaufenen Woche der Ozean-Verleih vor. Leider brachten die Neuheiten wenig Erfreuliches. „Sünden der Jugend", nach einem Roman der Ellinor Glyn, der amerikanischen Courths-Mahler, mit Sally O'Neill, ist ein entsetzlich verkitschter Schmarren, der für Europa schlechthin unbrauchbar ist. Daß Amerika neben Standardleistungen dergleichen vertragt, ist ja eines der vielen Wunder Yankeewelt. — „Anny heiratet" zeigt immerhin die hübsche, begabte und mit Recht beliebte Anny Ondra in einer ihrer Jungmädelrollen. Aber auch die Ondra hat mit tschechischen und deutschen Regisseuren ganz andere Rollen geschaffen. Wie jede Individualität, so könnten die Amerikaner auch die der vielversprechendenden tschechischen Künstlerin bald ruinieren und es wäre an der Zeit, der Ondra einen ihrer früheen Filmtitel zuzurufen: „Anny, kehre zurück!" — „Die gelbe Liebe" übertragt die beiden erstgenannten Filme ganz beträchtlich. Er ist ein brauchbarer Spielfilm und wirkte, mindestens nach den vorhergehenden Nieten, erfreulich. fr

Der Film.

Pressevorführung des Lloydfilms: „Der geheime Kurier." Ein Film nach dem Roman „Rouge et Noir" von Stendhal. Der Film behandelt das Schicksal eines einfachen französischen Bauernsohnes, der weniger durch seine geistigen, als durch seine körperlichen Vorzüge die Gunst der Frauen aller Bevölkerungsschichten erringt und dadurch sogar der Schwiegersohn eines hohen Adeligen werden soll. Am Tage der Verlobung wird er bei diesem Adeligen durch eine ehemalige Geliebte verleumdet und die Verlobung wird hinfällig. Er kehrt in sein Heimatdorf zurück und erschießt die Verleumderin. Diese zieht am Sterbebette reuig ihre Anschuldigungen zurück. Während Julien Sorel, dies ist der Name des Helden des Stückes, vor Gericht steht, bricht die Revolution aus. In den Barrikadenkämpfen wird Sorel tödlich verwundet und stirbt in den Armen des geliebten Weibes. Der Film ist sehenswert durch gute Regie (Regisseur Righelli) und hervorragende Darstellung. Vorzüglich sind die Aufnahmen der Barrikadenkämpfe. Ein Regiefehler wäre zu bemängeln. Wieso kommt in ein französisches Dorf eine deutsch gedruckte Proklamation? Unter den Darstellern dominiert Ivan Mosjukin. Allerdings findet derjenige, der Mosjukin schon aus früheren Filmen kennt, wenig Neues in seiner Darstellung. Er spielt eine Kombination von „Kurier des Zaren" und „Casanova". Man wird sich freuen, diesen gewiß nicht alltäglichen Künstler einmal in einer anderes gearteten Hauptrolle zu sehen. Für die weiblichen Hauptrollen hat man zwei der schönsten Frauen gewählt, die der europäische Film besitzt: Lil Dagover, die mit gewohnter Künstlerschaft die Rolle der Jugendgeliebten Sorels gibt und Agnes Petersen (die Gattin Mosjukins), die ihre klassische Schönheit der Tochter des Adeligen leiht. Die kleineren Rollen sind mit Valery Blanka, José Davert, Jean Dax, Felix de Pomes Saler, Ernst Stahl-Nachbaur, Ditto Lamberti und Hubert von Meyringk, durchwegs erstklassig besetzt. —see.

SANATORIUM
KLEISCHE-AUSSIG
für Nervöse und Erholungsbedürftige 5372
Mast-, Entfettungs- und alle Diätkuren.
Physikalische Heilmethoden. — Individuelle Behandlung.
Telephon Aussig Nr. 303. Prospekt

Kleine Chronik.

Entdeckung von Erlagern auf elektrischem Wege. Zwei schwedische Ingenieure, Hans Lundberg und Karl Sundberg, sind mit der goldenen Medaille der schwedischen Akademie für Ingenieurwissenschaften für ihre neue Methode, Erz- und Oellager auf elektrischem Wege zu entdecken, ausgezeichnet worden. Bekanntlich leisten gewisse Erze dem elektrischen Strom geringeren Widerstand als gewöhnliche Steinarten, leitet man also elektrischen Strom in den Boden, so kann man an der Art des Widerstandes die Erzhaltigkeit des Bodens feststellen. Sundberg verfiel nun auf den Gedanken, elektrischen Strom in das Grundwasser einzuführen, um auf diese Weise das Vorhandensein von Oel festzustellen. Diese Methode wurde zunächst in Nordschweden erprobt, wobei die Kupfererzlager im Bjursfors und die reichen Erzlager in Boliden entdeckt wurden. Hier ist jetzt eine große Gruben- und Raffinierungsindustrie im Werden begriffen. Zahlreiche schwedische Ingenieure suchen seit kurzem mit Hilfe dieser Methode Erzlager in allen Teilen der Welt.

Die Typhusepidemie in Lyon. Der „Matin" meldet aus Lyon: Donnerstag starben hier weitere fünf Opfer der Typhusepidemie, wodurch sich die Zahl der Gestorbenen auf 19 erhöht. Es wurden 83 neue Erkrankungsfälle gemeldet. Die Zivilbehörden treffen im Einvernehmen mit den Militärbehörden alle möglichen Maßnahmen behufs Hintanhaltung der Verbreitung der Epidemie. In der alten Kaserne wurden 100 und in der Zitadelle 180 Betten für Kranke bereit gestellt. Der Stadtrat von Lyon hat drei Fachmänner bestellt, welche das Wasser in der Stadt und der Umgebung prüfen sollen, ob es keine Typhusbazillen enthält.

Jagd auf japanische Waren in Tientsin. Wie aus Tientsin gemeldet wird, wird in der letzten Zeit in den chinesischen Geschäften auf japanische Waren Jagd gemacht. Wo solche Waren gefunden werden, werden sie beschlagnahmt und von den Warenhausbesitzern Geldstrafen erpreßt. Um sich vor diesen Streifkommandos zu schützen, schließen die chinesischen Kaufleute ihre Läden und stellen vorläufig jeden Geschäftsverkehr ein.

Explosion in einer Fabrik. Aus Madrid wird gemeldet: In der Stadt Padron wurde eine Glühlampenfabrik durch eine Explosion fast völlig zerstört. Fünf Arbeiter wurden schwer, 25 leichter verletzt.

Genossen!
Traget bei jeder Gelegenheit Euer
Parteiabzeichen!

Sport * Spiel * Körperpflege

Arbeitersportler wählt sozialdemokratisch!

Jeder Arbeitersportler muß am 2. Dezember heran an die Wahlurne und sozialdemokratisch wählen. Arbeitersport und Sozialdemokratie sind unlösbar miteinander verbunden. Beide leben in derselben Gedankenwelt, kämpfen vereint, sehen vereint dasselbe Ziel vor sich: die Befreiung der Arbeiterklasse.

Arbeitersport ist verantwortliches Tun, bedeutet Hebung der sittlichen, politischen Kräfte durch Leibesertüchtigung. Sport ist dem Proletarier nicht Selbstzweck, sondern Mittel zu seiner eigenen, menschlichen Vervollkommnung. Den Arbeitersportler leitet stets das Bewußtsein, gemeinsam mit Millionen Gleichgesinnter an der Erfüllung großer Menschheitsaufgaben mitzuarbeiten. Arbeitersport bedeutet Kulturfortschritt, Aufstieg der Menschen, Befreiung des Körpers des leidenden Proletariers aus der Fron der Arbeit. Arbeitersport ist kein Dahintändeln, kein sinnloses Spielen. Arbeitersport ist Gemeinschaftshandeln, Einordnen der Leibesübungen in die Lebensaufgaben, Verwirklichung des wahren Sportgedankens: gesunder Geist im gesunden Körper. Diese großen Ziele erkämpft der Arbeitersportler nur in der Sozialdemokratie, mit der Sozialdemokratie.

Was sind die bürgerlichen Sportverbände? Im überwiegenden Maße stehen an der Spitze des bürgerlichen Sports Leute, die nicht von einer sittlichen Idee geleitet werden; zu einem großen Teil sind es sogar Geschäftsleute.

Sport und Geschäft sind in den bürgerlichen Sportverbänden noch nicht scharf von einander getrennt. Die bürgerlichen Sportverantwortlichen bezeugen es selbst täglich in Wort und Schrift, daß sie diese Trennung gar nicht durchführen können. Bar jeder grundlegenden, aufbauenden Idee treibt der bürgerliche Sport dahin, im Augenblick begünstigt durch eine dem Sport allgemeine günstige Konjunktur. Bürgerlicher Sport ist kein Kultursport. Dazu fehlt ihm das ethische Fundament, das er sich auch nachträglich nicht schaffen kann. Der Arbeitersport war aber von Anfang an von einer hohen sittlichen Idee getragen. Bürgerlicher Sport bedeutet öde Heranzüchtung der Spitzenleistung, widerliche Umschmeichlung des Rekordmannes. Der Arbeitersport pflegt Gemeinschaftswerte. Die Arbeitersportler wollen sittlich und körperlich geläuterte Menschen werden; dagegen ist die letzte Ausmündung des bürgerlichen Sports der oft Ekel erregende Berufssport, und im Dunstkreis bürgerlichen Sporttums gedeiht der widerliche, arbeiterfeindliche Werksport. Turmhoch darüber steht der auf der sozialistischen Weltanschauung ruhende, von sozialistischem Kulturwollen getragene Arbeitersport.

Aber auch den Kommunisten darf der Arbeitersportler seine Stimme nicht geben. Die Kommunisten sind trotz ihrer Versprechungen keine Freunde der Arbeitersportler. Die Kommunisten haben von Moskau den Befehl erhalten, die Arbeiterbewegung und damit auch die Arbeitersportbewegung zu zersplittern. Die Kommunisten befolgen bei ihrer mörderischen Zersplitterungstaktik blindlings ihnen anbefohlene Moskauer Befehle, die ihnen selbst sinnlos erscheinen mögen. Diese Befehle wollen nicht das Wohl des Arbeitersports, sie wollen das Gegenteil: die Arbeitersportler sollen für Ziele eingefangen werden, die ihren Untergang bedeuten. Für ein solches Unterfangen ist unsere Arbeitersportbewegung zu schade. In ihr stecken zu hohe Werte, zu große Arbeitsleistungen, die gerettet und erhalten werden müssen.

Arbeitersportbewegung und Sozialdemokratie gehören unlösbar zusammen. Am 2. Dezember darf es daher nur heißen:

Arbeitersportler wählt sozialdemokratisch!

Einladung.

Am Mittwoch, den 5. Dezember l. J. findet um 3 Uhr Nachmittag im Café Nizza (Jägerstübl) ein

heiterer Kindernachmittag

mit Jause und allerhand schönen Belustigungen statt.

Wir laden alle Genossinnen mit ihren Kindern zu diesem Nachmittag herzlich ein.

Freundschaft!

Das Frauenbezirks-Komitee.

Auf zum Kreiswintersporttag des 5. Kreises.

Zu den Weihnachtsfeiertagen, am 25. und 26. Dezember, veranstaltet der 5. Kreis erstmalig einen Kreiswintersporttag. Als Ort der Winterkämpfe wurde das im Keilberggebiet gelegene Böhm.-Wiesental ausersehen, also ein Gebiet, welches schon durch die Wintersporttätigkeit der dortigen Genossen die Gewähr einer guten Durchführung bietet. Die nötigen Ausschüsse sind bereits gebildet und es liegt jetzt an unseren Wintersportlern und Sportlerinnen, durch zahlreiche Beteiligung diesen Ausschüssen Beschäftigung zu geben.

Das Programm wurde folgend festgelegt:

Dienstag, den 25. Dezember, ab 1 Uhr nachmittags Langläufe für Sportler und zwar für 14 bis 18 Jahre — 10 Kilometer, 18 bis 26 Jahre — 5 Kilometer, über 26 Jahre — 12 Kilometer. Ab 3 Uhr 4-Kilometer-Hindernislauf für Sportler.

Mittwoch, den 26. Dezember, ab 9 Uhr vormittags 10-Kilometer-Mannschaftslauf. (Eine Mannschaft 3 Mann, 1 Ersatz.) Sportlerinnen-6-Kilometer-Langlauf. Schüler-6-Kilometer-Langlauf. — Ab 10 Uhr Rodelwettfahren für Ein- und Zweisitzer. — Ab halb 2 Uhr nachmittags Sprungläufe für alle Altersklassen. Die Langlaufstrecke führt bis nahe an den Keilberggipfel, auch die Rodelbahn geht vom Keilberg und ist 5 Kilometer lang.

Teilnehmer wollen sich mittels Karte beim Genossen Anton Kallach in Zuckmantel bei Teplitz melden. Bei der Meldung ist Vor- und Zunahme, Vereinszugehörigkeit, Alter, Beruf und die Kampfdisziplin genauest anzugeben. Meldeschluß ist der 15. Dezember. Vor Antreten ist ein Startgeld von 3 K per Teilnehmer und 5 K per Mannschaft (auch Zweisitzerrodel) abzugeben, welches nach Retournierung der Startnummer wieder rückgezahlt wird.

Es wird ersucht, die Meldungen möglichst bald zu veranlassen, damit der Quartierausschuß genügend gute Quartiere (50 sind bereits sichergestellt) vorbereiten kann. Unsere erste derartige Kreisveranstaltung muß erfolgreich werden. Darum auf zu Weihnachten nach B.-Wiesental. Frei Heil!

Für die technische Leitung: **Anton Kallach.**

Eine Wendung im englischen Arbeitersport.

Die Leitung der Fußballbewegung im englischen Arbeitersportverband hatte sich der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale immer mehr entfremdet, so daß ein Neuaufbau der Bewegung dringend Not tat. Es ist ein neuer Arbeitersportverband gegründet worden, dessen Bestrebungen, — das ist das besonders Erfreuliche — von seiten der britischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaften unterstützt werden. In einer öffentlichen Sportversammlung im Londoner Cristallpalast sprach der Führer der Arbeiterpartei Ramsay MacDonald vor einer großen Zuhörerschaft. Der Verband verfügt bereits über eine starke Fußball-Liga und führt Pokalkämpfe durch. Der Pokal wurde von MacDonald gestiftet.

Nachdem die britische Arbeiterpartei mit unterstützender Teil der neuen Bewegung geworden ist, dürfte diese mehr und mehr an Umfang gewinnen. Bisher wandte sich die Arbeiterpartei nur streng der politischen Seite zu und übersah, daß die Jugend — die Männer von morgen —, die im Sport Befriedigung suchte, nicht nur mit geistigen Mitteln gewonnen werden kann. Der Generalsekretär der englischen Gewerkschaften hat die Verbindung mit der Leitung der Sozialistischen Arbeitersportinternationale aufgenommen und setzt sich für den Aufbau einer englischen Arbeitersportbewegung ein.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag. Druck: Deutsche Zeitungs-Aktien-Gesellschaft in Prag. Für den Druck verantwortlich: Otto Holin, Prag.
Die Zeitungsmarkenfrankatur wurde von der Post- u. Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 127 451/VII/27 am 11. [illegible]

sie ihr Ziel. Mit zugeklebten Augen zog es der abgebaute Schullehrer alsbald vor, sich vom Kampfplatze zu tasten.

„Der Mann wird hier nie Bürgermeister, ist auch zu schade", flüsterte ich Wassertopf zu, der bleich und schlapp wie ein nasses Handtuch auf seinem Stuhle hing. Nur kein Neid. Die Präliminarien eröffneten ja nette Aussichten für ihn.

Wenn es angegangen wäre, hätte er sicher seine Kandidatur zurückgezogen. Schon mit Rücksicht darauf, weil es hier so schrecklich viel faule Eier gab. Mit zitternden Knien bewegte er sich später an das Rednerpult und glaubte an die Gunst des Schicksals.

Der erste Teil der Verlesung seines Schulaufsatzes klappte glänzend. Die Wähler verhielten sich ziemlich still, vielleicht sammelten sie neue Kräfte. Nur der Graf von Ofenloch machte mitunter eine zustimmende Randbemerkung.

Auf der siebenten Seite passierte Wassertopf jedoch ein peinliches Malheur. Er hatte den unglücklichen Satz folgendermaßen begonnen. „So kommt es, daß schon die Anpflanzung der Kartoffel", deklamierte er begeistert und drehte die Seite, „in erster Linie den Kälbern zuzuschreiben ist, die hierfür von der Mutter Natur . . ." Dieser Satz, der nicht von Schiller bezogen war, blieb mir in seiner mystischen Bedeutung ewig unerfindlich. Wassertopf hatte eine Seite übersprungen.

Es war jedoch die erste Aeußerung, die die Wähler von Krätschenhausen in ihrer nackten Bedeutung voll und ganz erfaßten. Im nächsten Augenblick warf irgendein Beleidigter ein faules Ei, das seinem Geruch nach bestimmt aus der Zeit des dreißigjährigen Krieges stammte. Es traf ausgerechnet Eduards weiße Krawatte, blieb dort wie angeklebt in der Schwebe und wurde von ihm kurz entschlossen in den Saal zurückgeworfen, wo es in dem Monokelrahmen seines einzigen Bewunderers, des Grafen von Ofenloch, hängen blieb.

Damit war eine Aussprache eröffnet worden, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Na, ich war doch froh, daß ich in der Nähe des Ausgangs saß.

Bevor die faulen Eier, Bierflaschen und schimmligen Kartoffeln, wahre Symbole der Fruchtbarkeit, Wassertopf erreichten, hatte er schon das Podium verlassen, so daß die Wurfgeschosse an einer Büste Napoleons jämmerlich zerschellten. Er sah ein, daß er derartigen Diskussionen nicht gewachsen war.

„Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens", weinte er, nachdem wir auf Umwegen wieder zu Hause angelangt waren.

„Ich dachte vor vier Wochen so ähnlich und ließ dich darum gewähren." Hierauf blieb er mir die Antwort schuldig.

Vor einigen Tagen erfuhren wir, daß der abgefägte Steuersekretär voraussichtlich zum Bürgermeister von Krätschenhausen gewählt wird. Er hatte mit bombischem Erfolg über „Die künstliche Vermehrung der Rotrübe" gesprochen.

„Die Welt hat keine Ideale mehr", konstatierte Eduard Wassertopf.

Die zweiundneunzigseitige Abhandlung über die Kartoffel hat er etwas zusammengestrichen. Sie fand, zweiundzwanzig Zeilen groß, Aufnahme in einem Konversationslexikon.

„ZENIT" RADIO QUALITÄT